

Der unbekante Wähler?



Evelyn Bytzek, Sigrid Roßteutscher (Hg.)

# Der unbekannte Wähler?

Mythen und Fakten

über das Wahlverhalten der Deutschen

Campus Verlag  
Frankfurt/New York

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-593-39382-7

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2011 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Campus Verlag, Frankfurt am Main

Umschlagmotiv: photocase/guidhouse

Satz: Campus Verlag, Frankfurt am Main

Druck und Bindung: Beltz Druckpartner, Hemsbach

Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).

Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: [www.campus.de](http://www.campus.de)

# Inhalt

Moderne Mythen und Fakten über das Wahlverhalten in Deutschland  
*Evelyn Bytzek und Sigrid Roßteutscher* . . . . . 7

## Teil 1: Mythen des Niedergangs

Jenseits von Links und Rechts:  
Spielt Ideologie für Parteien und Wähler keine Rolle mehr?  
*Philipp Scherer* . . . . . 23

Schwankende Wähler: Gefährden Wechselwähler die Demokratie?  
*Bernhard Weßels* . . . . . 43

Jugend und Politik: Verliert die Demokratie ihren Nachwuchs?  
*Simone Abendschön, Sigrid Roßteutscher*. . . . . 57

Die Personalisierung der Politik:  
Entscheiden Spitzenkandidaten Wahlen?  
*Aiko Wagner* . . . . . 79

Medienwahlkampf: Sind TV-Duelle nur Show und damit nutzlos?  
*Thorsten Faas, Jürgen Maier*. . . . . 97

Ratlose Zwerge: Sind die Volksparteien am Ende?  
*Thomas Poguntke*. . . . . 113

Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger:  
Ist die sinkende Wahlbeteiligung eine Gefahr für die Demokratie?  
*Armin Schäfer*. . . . . 131

Teil 2: Normalwähler- und Normalwahl-Mythen

Der rote Osten: Ist Ostdeutschland politisch ganz anders?  
*Oscar W. Gabriel* . . . . . 155

Die überschätzte Gefahr:  
 Beeinflussen (getwitterte) Umfrageergebnisse Wahlentscheidungen?  
*Thorsten Faas, Ansgar Wolsing, Sascha Huber* . . . . . 175

Elefantenhochzeiten:  
 Verändern Große Koalitionen die Parteienlandschaft?  
*Evelyn Bytzek* . . . . . 191

Uninformierte Wähler und informiertes Elektorat:  
 Wie gehen die Wähler mit dem Bundestags-Wahlsystem um?  
*Franz Urban Pappi* . . . . . 209

Dominanz der Ökonomie:  
 Entscheidet die Wirtschaftslage Wahlen?  
*Ruth Beckmann, Philipp Trein, Stefanie Walter* . . . . . 229

Der weibliche Blick:  
 Verhalten sich Frauen in der Politik anders?  
*Ina E. Bieber* . . . . . 251

Fazit oder: Außer Mythen nichts gewesen?  
*Evelyn Bytzek und Sigrid Roßteutscher* . . . . . 271

Literatur . . . . . 289

Verzeichnis der Medienquellen . . . . . 303

Hinweise zu den genutzten Daten . . . . . 311

Autorinnen und Autoren . . . . . 313

# Dominanz der Ökonomie: Entscheidet die Wirtschaftslage Wahlen?

*Ruth Beckmann, Philipp Trein, Stefanie Walter*

»Stell Dir vor es ist Krise – und keiner geht hin!«  
(Lilienthal, Welt Online, 16.09.2009)

»Für die meisten Nürnberger war die Wirtschaftskrise das wichtigste Thema bei der Bundestagswahl – sie gaben der Partei ihre Stimme, der sie am ehesten zutrauen, mit den Folgen dieser Krise fertig zu werden.«  
(Puschner, Nürnberger Zeitung, 05.10.2009)

## 1. Der Mythos: Die Wirtschaftslage entscheidet Wahlen

»It's the economy, stupid!« Mit diesem Wahlkampf-Slogan gelang es Bill Clinton 1992, die US-Präsidentenwahlen zu gewinnen, indem er die Wähler immer wieder auf die schlechte Wirtschaftsbilanz der republikanischen Vorgängerregierung hinwies. Eine zutreffende Aussage auch für die US-Präsidentenwahl 2008, bei der in erster Linie die größte Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit den Wahlausgang zugunsten Barack Obamas entschied (Lewis-Beck/Nadeau 2009) sowie die US-Kongresswahlen 2010, wo die anhaltende Rezession und die hohe Arbeitslosigkeit die Hauptgründe für das gute Abschneiden der oppositionellen Republikaner gewesen zu sein scheinen. Auch die Wahlen zum deutschen Bundestag 2009 fanden vor dem Hintergrund der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise statt, welche das deutsche Finanzsystem an den Rand des Kollapses brachte und zu einem massiven Produktionsrückgang in der deutschen Wirtschaft führte. Diese außergewöhnlichen Umstände legen den Verdacht nahe, dass die weltweite Krise auf den Ausgang der Bundestagswahl 2009 einen ebenfalls außergewöhnlich hohen Einfluss gehabt hat. Aber ist diese Aussage richtig? Bestimmte, wie man in den Medien so oft hörte, tatsächlich in erster Linie die Wirtschafts- und Finanzkrise die Wahlentscheidungen der Bürger? Und wenn ja, welche Partei oder Parteien konnten von der Krise profitieren und welche wurden durch sie geschwächt? Und ganz grundsätzlich gefragt: welchen Stellenwert hat die Wirtschaftslage generell für die Wahlentscheidung der deutschen Wahlbürger ein?

Um diesen Fragen nachzugehen werden wir zunächst die mediale und die politikwissenschaftliche Diskussion zum Zusammenhang von Wirtschaftslage und Wahlverhalten darstellen. Anschließend wird die Wechselwirkung von Wirtschaftslage und Wahlverhalten im Zeitverlauf nachvollzogen und schließlich anhand der Bundestagswahl 2009 auf Wahlkreisebene und individueller Ebene überprüft. Eine kurze Diskussion unserer Ergebnisse rundet das Kapitel ab.

*»Is it really the economy«- Wirtschaftslage und Wahlverhalten in der öffentlichen Diskussion*

Die Vorhersage, dass die globale Wirtschafts- und Finanzkrise die Bundestagswahl 2009 entscheiden würde, zog sich vor der Bundestagswahl durch viele Meldungen und Kommentare. »Ob die Parteien es wollen oder nicht, es gibt ein alles überlagerndes Thema selbst in diesem Wahlkampf. Die weltweite Wirtschaftskrise wird einen erheblichen Einfluss auf die Wahlentscheidung der Deutschen am kommenden Sonntag haben«, schrieb beispielsweise der *Tagesspiegel* am 25.09.2009 (Schäuble, *Der Tagesspiegel*, 25.09.2009). Der Gewerkschaftsführer Frank Bsirske (2009) sah »das Wahljahr 2009 [...] beherrscht von der schwersten Wirtschaftskrise seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland« und der damalige baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger zählte die Bewältigung der Wirtschaftskrise und die Situation auf dem Arbeitsmarkt zu den wahlentscheidenden Problemen der Republik (Oettinger befürchtet Einnahmeausfälle der Länder und Kommunen, ddp Nachrichtenagentur, 12.07.2009). Deutschlandweite Umfragen zeigten darüber hinaus, dass die Wirtschaftskrise von den Wählern als wichtiges Thema wahrgenommen wurde. So gab knapp die Hälfte der Befragten des ARD-Deutschlandtrends im August 2009 an, dass sie sich Sorgen um ihre persönliche wirtschaftliche Zukunft machten und mehr als die Hälfte glaubte, dass der schlimmste Teil der Krise dem Land noch bevorstehe (Infratest dimap 2009: 6), während 80 Prozent der Befragten im Politbarometer die Krise trotz einer positiven Entwicklung als noch nicht überwunden einschätzten (Forschungsgruppe Wahlen 2009). Zentral war in diesem Kontext die Frage, ob, und wenn ja wen, die Wähler für die krisenbedingte Verschlechterung der Wirtschaftslage bestrafen würden.

Vor dem Hintergrund der massiven wirtschaftlichen Probleme wurde auch viel über die Auswirkungen der Krise auf das Wahlergebnis der einzel-



nen Parteien spekuliert: So schrieb Thorsten Faas in der *Zeit* vom 17. Juli 2009, »die Wirtschaftskrise nutzt bisher vor allem der Union. Aber wenn die Arbeitslosigkeit deutlich steigt und die Angst der Bevölkerung wächst, könnte sich das ändern« und in der *Stuttgarter Zeitung* war am 22. Juni 2009 zu lesen: »wenn es viele Entlassungen und Firmenzusammenbrüche gibt, kann die Linke noch gewinnen. Arbeitslose bilden die Wählergruppe, die die Partei am stärksten unterstützt« (Trauthig, *Stuttgarter Zeitung*, 22.06.2009). Neben der Bestrafungs-Frage standen also auch die Auswirkungen der Krise auf die einzelnen politischen Parteien im Fokus des Medieninteresses.

Allerdings gab es auch Stimmen, die der Wirtschaftskrise den Platz als wichtigstes Thema im Wahlkampf absprachen: Das Nachrichtenmagazin *Focus* schrieb beispielsweise am 21.09.2009, gut eine Woche vor der Bundestagswahl, »die Krise ist nicht das Megathema. Es gibt überhaupt kein Megathema« im Wahlkampf 2009 (van Ackeren u. a., *Focus*, 21.09.2009). Auch der Wahlkampf als solcher wurde als sehr ruhig bis kaum vorhanden beschrieben, ein Umstand, den die Bundeskanzlerin Angela Merkel der Ernsthaftigkeit der Wirtschaftslage zuschrieb (Merkel setzt auf ein Bündnis mit der FDP, *Berliner Morgenpost*, 28.08.2009). Gleichzeitig waren die Auswirkungen der Krise im Herbst 2009 für viele Wähler noch nicht direkt spürbar, sodass die Wirtschafts- und Finanzkrise bis zur Wahl vor allem als »ein Thema der Eliten« dargestellt wurde (Gösmann, *Rheinische Post Düsseldorf*, 07.06.2009).

Angesichts der Schwere der Wirtschaftskrise verwundern diese Feststellungen auf den ersten Blick. Allerdings unterschied sich die Bundestagswahl 2009 durch zwei weitere Besonderheiten von anderen Wahlen in der Vergangenheit: Zum einen war die globale Wirtschafts- und Finanzkrise, die 2008/9 die deutsche Wirtschaft erschütterte, nicht hausgemacht, sondern hatte ihren Ursprung auf dem amerikanischen Immobilienmarkt. Im Gegensatz zu früheren Jahren, als Probleme oder Erfolge auf dem Arbeitsmarkt stark von wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Bundesregierung geprägt waren, konnte die deutsche Bundesregierung daher glaubwürdig auf eine nur geringe Verantwortung für die gegenwärtige Krise verweisen. Zweitens war angesichts der großen Koalition die Verantwortung für das Krisenmanagement nicht klar einer Regierungspartei zuzuordnen. Neben Kanzlerin Angela Merkel (CDU) gehörten sowohl Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) als auch Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) zu den Krisenmanagern der ersten Reihe. Für den Wähler war es damit schwieriger als in an-

deren Wahljahren, einer der Regierungsparteien eindeutig die Verantwortung für die schlechte Wirtschaftslage zuzuschreiben.

Die genaue Auswirkung der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise auf den deutschen Wähler bleibt angesichts dieser, in mehrerer Hinsicht außergewöhnlichen Wahl also unklar. Ließen sich die Wähler in ihrer Wahlentscheidung von der Wirtschaftskrise beeinflussen oder nicht? Wenn ja, wie genau wirkte sich die Wirtschaftslage auf das Wahlverhalten aus? Hinweise auf Antworten lassen sich in politikwissenschaftlichen Forschungsarbeiten zum »ökonomischen Wählen« finden.

*»It's the economy – but how?« –*

*Wirtschaftslage und Wahlverhalten in der Politikwissenschaft*

Die umfassende politikwissenschaftliche Forschung über den Zusammenhang von wirtschaftlicher Lage und Wahlverhalten zeigt ganz klar, dass es eine solche Beziehung gibt: Wirtschaftliche Entwicklungen wirken sich auf den Wahlausgang aus, wenngleich die Stärke dieses Zusammenhangs in verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Zeitpunkten unterschiedlich ist (Lewis-Beck/Stegmaier 2000, 2007; Duch/Stevenson 2008). Dieser Befund ist nicht überraschend, hat doch die Wirtschaftslage einen ganz erheblichen Einfluss auf das Wohlergehen der einzelnen Wähler. Während dieser Zusammenhang am umfassendsten für die USA untersucht wurde, zeigt eine ganze Reihe politikwissenschaftlicher Studien, dass Deutschland hier keine Ausnahme bildet: Auch die deutschen Wähler berücksichtigen bei ihrer Wahlentscheidung traditionell die wirtschaftliche Lage als wichtigen Faktor (siehe z.B. Maier/Rattinger 2004).

Umstrittener ist allerdings die Frage, warum und wie genau die Wirtschaftslage das Wahlverhalten beeinflusst. Bestrafen die Wähler grundsätzlich die Regierungsparteien für eine Verschlechterung der Wirtschaftslage, während sie sie für eine Verbesserung eher mit ihrer Wählerstimme belohnen? Oder orientieren sich Wähler eher an Parteipolitik und wählen diejenige Partei, deren wirtschaftspolitische Ausrichtung am ehesten der aktuellen wirtschaftlichen Problemlage entspricht? Die politikwissenschaftliche Forschung unterscheidet zwei Haupt-Erklärungsansätze für den Einfluss der Wirtschaftslage auf das Wählerverhalten: Erstens, die *Belohnungs-Bestrafungs-Hypothese*, bei der die Wähler die Regierungspartei(en) an der Wahlurne für eine Verschlechterung der Wirtschaftslage abstrafen und sie für eine Verbes-

serung belohnen, und zweitens die *Parteiendifferenz-Hypothese*, bei der sich die Wähler für die Partei entscheiden, der sie die größte Kompetenz zur Lösung aktueller wirtschaftlicher Probleme zuschreiben.

**Belohnungs-Bestrafungs-Hypothese:** Die Belohnungs-Bestrafungs-Hypothese geht davon aus, dass Wähler ihre Wahlentscheidung für oder gegen eine der Regierungsparteien vom Erfolg bzw. Misserfolg ihrer Wirtschaftspolitik abhängig machen.<sup>1</sup> Dabei beurteilen die Wähler die Regierungsperformance danach, ob sich ihre eigene oder die nationale wirtschaftliche Situation in der letzten Zeit verbessert oder verschlechtert hat (Key 1966; Fiorina 1981) und/oder wie sich die Wirtschaftslage am Wahltag darstellt. Eine Verbesserung der Wirtschaftslage erhöht dann die Wahrscheinlichkeit, dass ein Wähler einer der Regierungsparteien bei der nächsten Wahl die Stimme schenkt, während eine Verschlechterung der Wirtschaftslage das Gegenteil bewirkt. Auch Wähler, die ihre gegenwärtige persönliche wirtschaftliche Lage sowie die Wirtschaftslage ihres Landes eher negativ einschätzen, sind weniger geneigt, die amtierenden Parteien erneut zu wählen, vor allem dann, wenn sie die Entscheidungshoheit der Regierung als hoch einschätzen (Kellermann/Rattinger 2006). Dies bedeutet, dass Regierungsparteien immer dann mit einem Stimmenrückgang zu rechnen haben, wenn sich die Wirtschaftsdaten verschlechtern, während ein Wirtschaftsaufschwung zu Stimmengewinnen führen sollte.

**Parteiendifferenz-Hypothese:** Während die Belohnungs-Bestrafungs-Hypothese für alle Arten von Regierungen den gleichen Effekt vorhersagt und dabei nicht zwischen verschiedenen Parteiideologien unterscheidet, stehen genau solche Unterschiede im Fokus der Parteiendifferenz-Hypothese.<sup>2</sup> Sie basiert auf dem Argument, dass die Wähler den Parteien unterschiedliche wirtschaftspolitische Kompetenzen zuschreiben und sich bei der Wahl an diesen Zuschreibungen orientieren (Hibbs 1977; Schmidt 1982). Angesichts grundlegender inhaltlicher Unterschiede zwischen rechten und linken Parteien hängt der Einfluss der Wirtschaftslage auf die Wahlentscheidung in diesem Ansatz von der parteipolitischen Färbung der Regierungsparteien ab. Ausgangspunkt ist die Annahme, dass Wähler rechter Parteien eine konservative Finanzpolitik bevorzugen, da erhöhte Inflationsraten diese Gruppen

1 Andere Autoren sprechen im Zusammenhang mit diesem Erklärungsansatz auch von der »Anti-Regierungshypothese« (z.B. Rattinger/Maier 1998) und der »Incumbency-Hypothese« (z.B. Maier/Rattinger 2004; Kellermann/Rattinger 2006).

2 Die Parteiendifferenz-Hypothese ist auch unter dem Namen »Policy-Hypothese« (z.B. Kiwiewit 1983; Rattinger 1986) und »Klientelhypothese« (z.B. Faas/Rattinger 2003) bekannt.

besonders negativ betreffen, während Wähler linker Parteien empfindlicher auf Probleme im Bereich der Arbeitslosigkeit reagieren. Mit Blick auf die Wirtschaftslage bedeutet dies, dass Inflation und Arbeitslosigkeit die wichtigsten Themen sind, welche Wähler in ihrer Wahlentscheidung berücksichtigen – eine Vorhersage, die viele empirische Studien zum ökonomischen Wählen bestätigen (Lewis-Beck/Paldam 2000)<sup>3</sup> – und dass diese beiden makroökonomischen Faktoren von den Wählern verschiedener Parteien unterschiedlich stark gewichtet werden. Eine geringe Inflationsrate ist demnach für konservative Regierungen vorteilhaft, während linke Regierungen vor allem für sinkende Arbeitslosenquoten belohnt werden. Im Gegenzug wirken sich hohe Preissteigerungen schädlich für rechte, und steigende Arbeitslosenquoten schlecht für linke Regierungsparteien aus (Powell/Whitten 1993). Bei der Evaluation der vergangenen wirtschaftlichen Entwicklung strafen die Wähler eine Regierungspartei also besonders dann ab, wenn sie auf ihrem ureigensten Kompetenzfeld versagt hat. Für Deutschland bedeutet dies konkret, dass die Wähler die SPD für ansteigende Arbeitslosenzahlen und die CDU für eine steigende Inflationsrate mit Stimmentzug bestrafen würden. Eine Differenzierung des Wahlverhaltens gibt es darüber hinaus in Bezug auf die Zukunftserwartungen der Wähler. Wähler, welche bei ihrer Wahlentscheidung vornehmlich die in den nächsten Jahren am dringlichsten zu lösenden Aufgaben berücksichtigen, werden eher die Partei wählen, von der sie diesbezüglich eine höhere Problemlösungskompetenz erwarten. Das bedeutet, dass bei Problemen im Bereich der Arbeitslosigkeit eher die SPD oder die Linke und bei Problemen der Preisstabilität eher Union oder FDP gewählt werden sollten.

Die beiden großen politikwissenschaftlichen Erklärungsansätze zu den Auswirkungen der Wirtschaftslage auf das Wahlverhalten unterscheiden sich also klar in ihren empirischen Vorhersagen. Beide sagen voraus, dass die Wirtschaftslage das Wahlverhalten beeinflusst, aber die Wirkungsweise ist unterschiedlich. Aufbauend auf diesen Vorhersagen widmet sich der Rest dieses Kapitels der Frage, wie sich die Wirtschaftslage in Deutschland traditionell und bei der krisengeprägten Wahl 2009 auf das Wahlverhalten auswirkt hat.

---

3 Im deutschen Kontext spielt dabei angesichts der normalerweise eher geringen Inflationsraten das Thema Arbeitslosigkeit eine besonders wichtige Rolle (Kellermann/Rattinger 2006).

## 2. Trends im Wahlverhalten der Deutschen

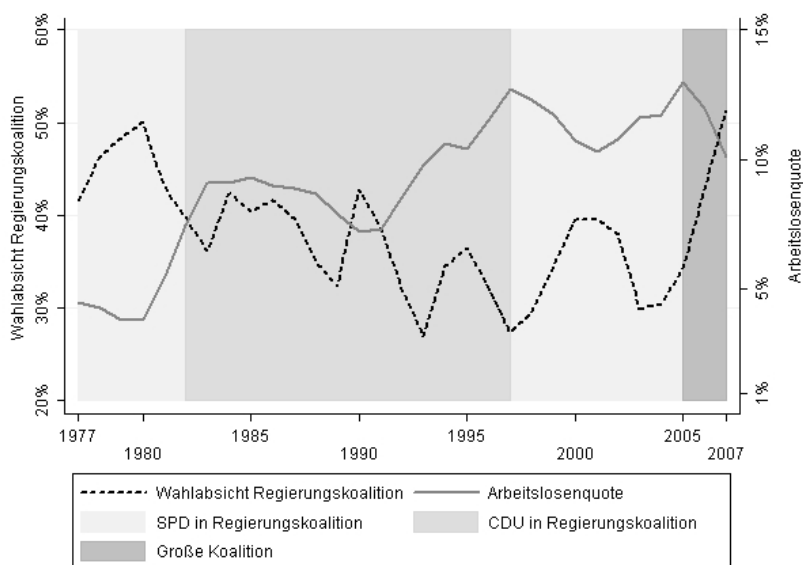
Wir beginnen unsere Untersuchung mit einem kurzen Überblick über generelle Trends im Zusammenspiel von Wirtschaftslage und Wahlergebnissen in Deutschland. Der Fokus liegt dabei auf der Entwicklung der Wahlabsichten der Bundesbürger im Vergleich mit den wirtschaftlichen Kernzahlen in den letzten 3 Jahrzehnten. Abbildungen 1 und 2 zeigen die Entwicklung des Anteils der Bürger, der am nächsten Sonntag eine der jeweiligen Regierungsparteien wählen würde, im Vergleich mit der Entwicklung der nationalen Arbeitslosenquote bzw. des Wirtschaftswachstums.<sup>4</sup> Dabei sind die jeweiligen Stimmanteile der Regierung auf der linken Längsachse der Abbildung abgetragen, während die Achse auf der rechten Seite die Veränderungen in der Arbeitslosenquote (Abb. 1) bzw. des Wachstums des Bruttoinlandsproduktes (Abb. 2) abbildet. Die Schattierungen im Hintergrund der Abbildungen geben dabei an, welche Koalition im jeweiligen Zeitraum an der Regierung war.

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der Arbeitslosenquote sowie des potentiellen Stimmenanteils für die Regierungsparteien. Hier sehen wir, dass bei steigender Arbeitslosigkeit die Wahrscheinlichkeit der Wahl einer Regierungspartei sinkt (mit Ausnahme der 80er Jahre, wo dieser Zusammenhang weniger stark ausgeprägt zu sein scheint). Der Korrelationskoeffizient Pearson's  $r$ , der die Stärke des Zusammenhangs zwischen zwei Variablen misst, beträgt für den Zusammenhang zwischen Arbeitslosenquote und der Wahlabsicht  $-0,65$ . Dies bedeutet, dass der Zusammenhang sehr stark ist, niedrigere Arbeitslosenquoten damit klar mit einem höheren potentiellen Stimmenanteil der Regierungsparteien assoziiert sind. So erhalten die Regierungsparteien beispielsweise Ende der Siebziger Jahre, als die Arbeitslosigkeit in Deutschland sehr gering war, einen sehr hohen Stimmenanteil, der in dem Moment zu sinken beginnt, als die Arbeitslosenquote anfängt zu steigen. Einen ähnlichen Effekt lässt sich zu Beginn der Neunziger Jahre beobachten, als ein erneuter starker Anstieg der Arbeitslosigkeit mit einem Rück-

---

<sup>4</sup> Die Daten zum potentiellen Stimmenanteil entstammen der so genannten »Sonntagsfrage« der Politbarometer-Umfragen (»Welche Partei würden Sie wählen wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?«) und werden einmal im Monat von der Forschungsgruppe Wahlen erhoben ([www.gesis.org](http://www.gesis.org)). Die Daten zur Arbeitslosigkeit stammen von der Bundesagentur für Arbeit, die Angaben zum Wirtschaftswachstum von der Bundesbank (<http://www.bundesbank.de>; <http://www.arbeitsagentur.de>).

Abbildung 1: Anteil Befragter mit Wahlabsicht für Regierungsparteien und Entwicklung der Arbeitslosenquote 1977–2007



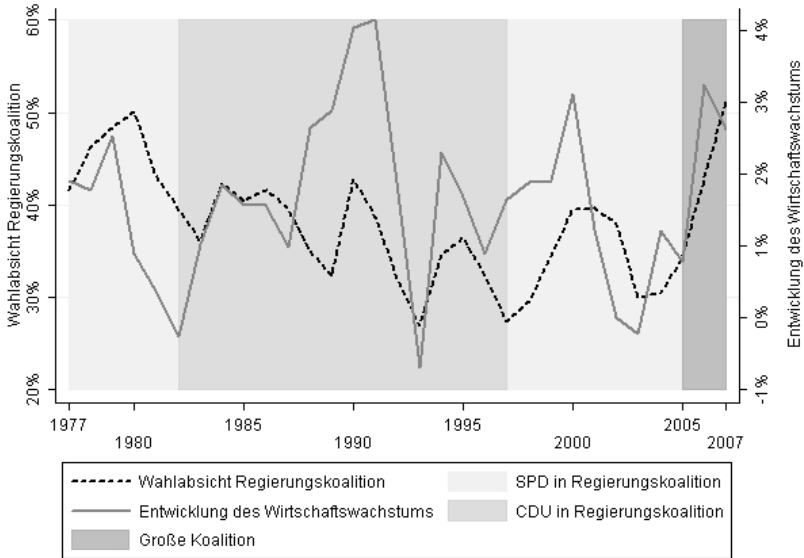
Quelle: Politbarometer-Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen e.V. Mannheim (ZA 2391), Bundesagentur für Arbeit (<http://www.arbeitsagentur.de>).

gang der Wahlabsicht für die Regierungsparteien einhergeht.<sup>5</sup> Auffällig sind im Nach-Wende Deutschland die stärkeren Schwankungen in der Wahlabsicht im Vergleich zu den 1980er Jahren. Selbst ein leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit geht nun mit einem Anstieg der Wahlabsicht für die Regierungsparteien einher. So stieg beispielsweise 2001, als die Arbeitslosenquote im Vergleich der letzten zehn Jahre deutlich gesunken war, die Wahlabsicht für die Regierungsparteien stark an. Interessanterweise lassen sich dabei keine klaren Muster erkennen, die darauf hinweisen würden, dass die Wähler bei Schwankungen der Arbeitslosenquote hinsichtlich ihrer Wahlabsicht zwischen Regierungskoalitionen unterschiedlicher parteipolitischer Färbung unterscheiden.

Einen ähnlichen Zusammenhang sehen wir zwischen der Entwicklung des wirtschaftlichen Wachstums und der Entwicklung der Wahlabsicht für die Regierungsparteien. Der Zusammenhang ändert sich nicht, wenn eine

<sup>5</sup> Andere Faktoren wie die Gründung der Grünen und die Wiedervereinigung spielen für diese Entwicklung natürlich auch eine wichtige Rolle.

Abbildung 2: Anteil Befragter mit Wahlabsicht für Regierungsparteien und Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes 1977–2007



Quelle: Politbarometer-Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen e.V. Mannheim ([www.gesis.org](http://www.gesis.org)), Bundesbank (<http://www.bundesbank.de>).

andere Volkspartei an die Regierung kommt, wenn also eine neue farbige Fläche beginnt. Es sind hier also wie bei der Arbeitslosigkeit keine klaren Parteeffekte auszumachen. Vielmehr wird positives Wirtschaftswachstum mit einer leichten Verzögerung von einem höheren potentiellen Stimmenanteil der jeweiligen Regierungsparteien begleitet. Das Jahr 2000 ist beispielsweise sowohl von einem sehr hohen Wirtschaftswachstum von über 3 Prozent, als auch einer hohen Wahlabsicht für die Regierungsparteien gekennzeichnet. Der darauf folgende Rückgang des Wirtschaftswachstums geht dagegen mit deutlich geringeren potentiellen Stimmanteilen für die Regierungsparteien einher.

Zwei wichtige Erkenntnisse können aus diesen beiden Abbildungen gewonnen werden: Erstens, wirtschaftliche Faktoren scheinen sich klar auf die Wahlabsicht auszuwirken: Gute Wirtschaftsdaten, wie sinkende Arbeitslosenquoten oder starkes Wirtschaftswachstum, sind mit einem höheren Stim-

menanteil für die Regierungsparteien verbunden.<sup>6</sup> Die beiden Abbildungen legen zweitens nahe, dass die Regierung bei einer schlechten wirtschaftlichen Lage von den Wählern generell abgestraft wird und Parteeffekte eine nachgeordnete Rolle spielen. Damit bestätigen diese ersten Analysen eher die Vorhersagen der Belohnungs-Bestrafungs-Hypothese, die einen solchen Effekt für alle Regierungsparteien, unabhängig von ihrer Parteifärbung, vorhersagt, als die der Parteidifferenz-Hypothese. Ob dieser Befund so pauschal bestätigt werden kann, oder einer weiteren Differenzierung bedarf, werden wir im Folgenden am Beispiel der Bundestagswahl 2009 überprüfen.

### 3. Wirtschaftslage und Wahlverhalten: Das Beispiel Bundestagswahl 2009

Über einen längeren Zeitraum gesehen, gibt es also einen Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Lage und den Wahlabsichten der Bundesbürger. Wie genau kommt dieser Zusammenhang zwischen Wirtschaftslage und Wahlentscheidung zustande? Um diese Frage im Kontext der Bundestagswahl 2009 zu beantworten, zeigen wir zunächst, wie sich die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik vom Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise bis zum Wahltermin entwickelte, wie die Bürger die Entwicklung der Wirtschaftslage beurteilten, und wen sie für die schlechte Wirtschaftslage verantwortlich machten. Im Anschluss daran untersuchen wir den Zusammenhang zwischen Wirtschaftslage und Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2009 im Detail.

#### *Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf das Wahlverhalten 2009: Theoretische Überlegungen*

Bevor wir jedoch zu den Ergebnissen unserer Untersuchung kommen, wollen wir einen kurzen Blick darauf werfen, welche Vorhersagen die beiden oben vorgestellten politikwissenschaftlichen Forschungsstränge, die Beloh-

---

<sup>6</sup> Die Stärke des Korrelationskoeffizienten Pearsons'  $r$  für den Zusammenhang zwischen dem potentiellen Stimmenanteil für die Regierungsparteien und die Veränderung des BIP beträgt 0,30.



Tabelle 1: Empirische Vorhersagen der Belohnungs-Bestrafungs-Hypothese und der Parteiendifferenz-Hypothese über Stimmengewinne und -verluste der Parteien bei der Bundestagswahl 2009

	Verschlechterung der Wirtschaftslage	Schlechte aktuelle Wirtschaftslage
Belohnungs-Bestrafungs-Hypothese: Regierung vs. Opposition		CDU ↓ SPD ↓ FDP ↑ GRÜNE ↑ LINKE ↑
Parteiendifferenz-Hypothese: Linke vs. rechte Parteien	CDU ↑ SPD ↓ <i>Keine klare Vorhersage für Oppositionsparteien</i>	CDU ↓ SPD ↑ FDP ↓ GRÜNE ? LINKE ↑

Quelle: Eigene Darstellung.

Legende: ↑ Stimmengewinne für die Partei erwartet; ↓ Stimmenverluste für die Partei erwartet.

nungs-Bestrafungs-Hypothese und die Parteien-Differenz-Hypothese, bezüglich der Bundestagswahl 2009 machen.

Da die Belohnungs-Bestrafungs-Hypothese davon ausgeht, dass Wähler die Regierungsparteien für eine schlechte Wirtschaftslage abstrafen, macht dieser Ansatz für die Wahlen zum deutschen Bundestag im September 2009 die Vorhersage, dass die Parteien der großen Koalition, also CDU/CSU und SPD, angesichts der durch die Wirtschafts- und Finanzkrise massiv verschlechterten Wirtschaftslage Stimmen verlieren sollten. Je stärker sich die Wirtschaftslage verschlechtert hat und je schlechter sich die gegenwärtige Lage darstellt, desto geringer sollte die Wahrscheinlichkeit sein, dass die Wähler bei den Wahlen zum deutschen Bundestag 2009 eine der Parteien der großen Koalition wählen. Die erste Zeile in Tabelle 1 fasst diese Vorhersagen der Belohnungs-Bestrafungs-Hypothese für das Wählerverhalten bei der Bundestagswahl 2009 zusammen. Sie zeigt, dass sich der Effekt der Wirtschaftslage klar zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien unterscheiden sollte: Während für die Union und SPD Stimmenverluste erwartet werden, sollte die Krise den Oppositionsparteien FDP, Grüne und Linke höhere Stimmanteile beschern.

Der zweite Erklärungsansatz, die Parteiendifferenz-Hypothese, fokussiert nicht generell auf die Bestrafung der Regierung, sondern auf die Kompetenzen der einzelnen Parteien. Grundsätzlich impliziert diese Hypothese für den deutschen Kontext, dass steigende Arbeitslosenquoten besonders empfindliche Stimmverluste für die SPD bedeuten, während negative Entwicklungen im Bereich Inflation und Finanzstabilität zu Stimmenverlusten bei der CDU führen sollten. Gleichzeitig sollte ein hoher Problemdruck im Bereich der Arbeitslosigkeit eher den linken Parteien nutzen und den bürgerlichen Par-

teien schaden. Für die Bundestagswahl 2009 bedeutet das, dass die SPD angesichts steigender Arbeitslosenzahlen Stimmen verlieren sollte, gleichzeitig die linken Parteien generell jedoch dort Stimmen gewinnen sollten, wo auch in Zukunft hohe Probleme im Arbeitsmarktbereich erwartet werden (siehe die zweite Zeile von Tabelle 1). In vergangenen Jahren ließ sich diese Dynamik im bundesdeutschen Kontext auch tatsächlich beobachten. So zeigen Faas und Rattinger (2003) beispielsweise, dass in den Jahren 1980 bis 2002 in westdeutschen Stadt- bzw. Landkreisen der durchschnittliche Stimmenanteil der SPD mit jedem zusätzlichen Prozent an zusätzlicher Arbeitslosigkeit um 2,33 Prozentpunkt stieg, bei der CDU/CSU dagegen um durchschnittlich 1,98 Prozentpunkte zurückging. Gleichzeitig wurde die SPD für eine negative Entwicklung auf dem regionalen Arbeitsmarkt im Durchschnitt leicht abgestraft, während die CDU unter solchen Bedingungen typischerweise leicht zulegen konnte.

Die konkreten empirischen Vorhersagen der beiden Erklärungsansätze für die Bundestagswahl 2009 unterscheiden sich also deutlich. Während die Belohnungs-Bestrafungs-Hypothese eine Abstrafung der Regierungskoalition als Ganzes voraussagt, betont die Parteiendifferenz-Hypothese hingegen den Gegensatz zwischen rechten und linken Parteien. Welche dieser Vorhersagen hat sich im Rückblick auf die Bundestagswahl 2009 als aussagekräftiger erwiesen? Mit diesen Fragen beschäftigen sich die folgenden Analysen.

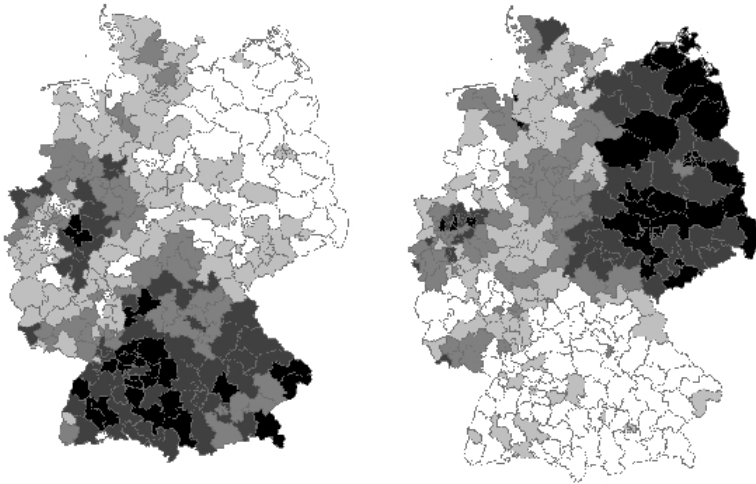
### *Tatsächliche und wahrgenommene Wirtschaftslage vor der Bundestagswahl 2009*

Die wirtschaftliche Situation am Vorabend der Bundestagswahl 2009 war von den Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, die 2007 in den USA ihren Ausgang genommen hatte, gekennzeichnet. Allerdings hatte die Bundesregierung durch eine große Anzahl von Maßnahmen die Auswirkungen der Krise, vor allem auf den Arbeitsmarkt, abzuschwächen versucht. Da das Thema Arbeitslosigkeit für den deutschen Wähler typischerweise von besonderer Relevanz ist (z.B. Kellermann/Rattinger 2006), betrachten wir im Folgenden die Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt kurz vor der Wahl 2009. Abbildungen 3a und 3b zeigen zwei wichtige Aspekte für alle 299 Wahlkreise in Deutschland: Die Entwicklung des regionalen Arbeitsmarktes relativ zum Vorjahr (Abbildung 3a) und die Arbeitslosen-

Abbildung 3: Entwicklung und tatsächliche Arbeitslosenquote in den Wahlkreisen

Abb. 3a: Entwicklung der Arbeitslosenquote relativ zum Vorjahr

Abb. 3b: Arbeitslosenquote im September 2009



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (<http://www.arbeitsagentur.de>).

Anmerkung: Je dunkler die Fläche, desto stärker der Anstieg der Arbeitslosigkeit bzw. desto höher die Arbeitslosenquote.

quote im Wahlkreis im September 2009 (Abbildung 3b).<sup>7</sup> Je dunkler die Farbe des Wahlkreises, desto schlechter hat sich der Arbeitsmarkt entwickelt bzw. umso höher ist die Arbeitslosenquote im jeweiligen Wahlkreis.

Beide Abbildungen zeigen, dass die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Arbeitsmarktsituation am Vorabend der Bundestagswahl 2009 regional sehr unterschiedlich waren. Abbildung 3a zeigt die Zunahme (oder Abnahme) der regionalen Arbeitslosenquote relativ zum Vorjahr in Prozent.<sup>8</sup> Diese relative Berechnungsweise trägt dem Umstand Rechnung, dass ein Anstieg der Arbeitslosigkeit von 5 Prozent auf 6 Prozent in einem Wahlkreis für die Bevölkerung sehr viel gravierender ist, als ein

<sup>7</sup> Die Daten stammen von der Bundesagentur für Arbeit. Die aktuelle Lage auf dem regionalen Arbeitsmarkt wird durch die Arbeitslosenquote im September 2009 gemessen.

<sup>8</sup> Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage wird als Veränderung der Arbeitslosenquote innerhalb eines Wahlkreises im Zeitraum von September 2008 bis September 2009, relativ zum Stand der Arbeitslosenquote im September 2008 gemessen. Ein Anstieg der Arbeitslosenquote von 2008 auf 2009 von 5 auf 6 Prozent bedeutet demnach eine relative Erhöhung der Arbeitslosigkeit um 20 Prozent. Dieses Maß hat den Vorteil, dass die Höhe der Arbeitslosigkeit des Vorjahres mitberücksichtigt wird.

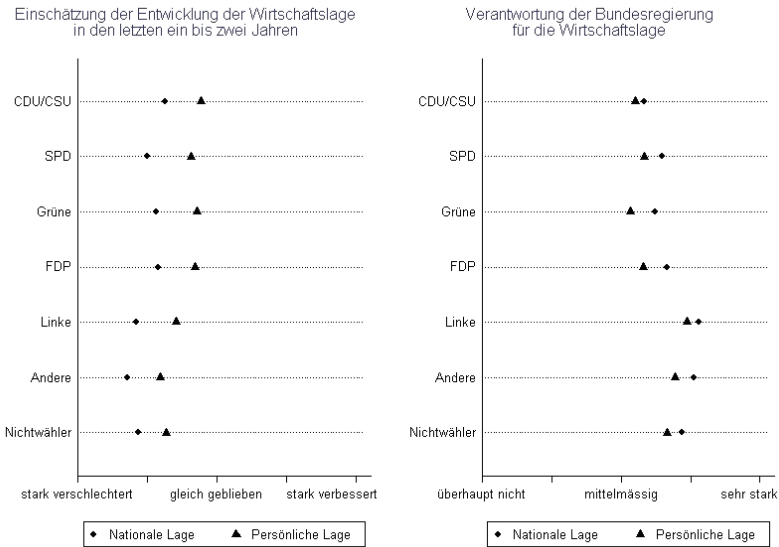
Anstieg von 17 Prozent auf 18 Prozent in einer Gegend, die schon lange mit hoher Arbeitslosigkeit kämpft. Die Abbildung zeigt, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise besonders die Gebiete traf, die sonst als wirtschaftliche »Musterknaben« gelten: Insbesondere für den Südwesten und den Süden sieht es im wahrsten Sinne des Wortes »düster« aus. Die Wahlkreise in den östlichen Bundesländern, die an sich von hoher Arbeitslosigkeit gekennzeichnet sind (Abb. 3b), waren dagegen von den Auswirkungen der Krise kaum betroffen; in manchen Wahlkreisen sank die Arbeitslosenquote sogar relativ zum Vorjahr. Dies bedeutet allerdings nicht, dass in diesen Wahlkreisen Vollbeschäftigung herrscht, sondern dass die Dynamik auf dem jeweiligen lokalen Arbeitsmarkt unterschiedlich war. Die Entwicklung und die Lage auf dem Arbeitsmarkt unterschieden sich 2009 regional also stark: Während das Ruhrgebiet und der Osten Deutschlands nach wie vor am meisten mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen haben, hat die Krise vor allem im Süden des Landes zu einem relativ gesehen hohen Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt – allerdings auf der Basis generell niedriger Arbeitslosenquoten in dieser Region.

Halten wir also fest, dass sich die Wirtschaftslage aufgrund der Wirtschaftskrise insgesamt verschlechtert hat, die Krise sich jedoch regional sehr unterschiedlich auswirkt hat. Neben diesen objektiven Zahlen interessiert den Wahlforscher jedoch eine zweite Frage: wie haben die Wähler die Auswirkungen der Wirtschaftskrise *wahrgenommen* und wen machen sie dafür *verantwortlich*? Um diese zweite Frage zu untersuchen, verwenden wir Umfragedaten der German Longitudinal Election Study (GLES), die aus den Antworten von 2.173 Wahlberechtigten gewonnen wurden, welche ungefähr sechs Wochen vor der Bundestagswahl 2009 umfassend zu ihrem voraussichtlichen Wahlverhalten befragt wurden (Schmitt-Beck u.a. 2010).<sup>9</sup> Diese qualitativ hochwertigen Daten bieten einen detaillierten Einblick in die Überlegungen und Meinungen der deutschen Bürger kurz vor den Wahlen im Herbst 2009. Unter anderem wurden die Bürger gefragt, wie sie die Entwicklung der Wirtschaftslage in Deutschland sowie ihrer persönlichen wirtschaftlichen Lage in den letzten ein bis zwei Jahren einschätzen, und inwieweit sie die Bundesregierung für diese Entwicklung verantwortlich halten.

Abbildung 4 zeigt die durchschnittlichen Antworten auf diese Fragen und unterscheidet dabei nach den Wahlabsichten der Befragten. Angesichts

<sup>9</sup> Die Daten stehen unter <http://www.gesis.org/wahlportal/downloads/> zum Download bereit. Unsere Analyse verwendet die Vorwahlbefragten aus dem GLES-Vorwahl-Nachwahl-Match (GLES1103\_Prel.3).

Abbildung 4: Einschätzung der nationalen und der persönlichen Wirtschaftslage und Zuweisung der Verantwortung dafür



Quelle: GLES-Vorwahl-Nachwahl-Match (GLE51103\_Pre1.3), eigene Berechnungen, nur Vorwahldaten.

des Ausmaßes der Krise überrascht es nicht, dass die deutschen Bürger im Spätsommer 2009 ein eher negatives Bild der allgemeinen Wirtschaftslage in Deutschland zeichneten. Egal welche Partei sie bevorzugten, die Mehrheit der Befragten findet, dass sich die Wirtschaftslage in Deutschland in den letzten ein bis zwei Jahren eher verschlechtert hat. Auch die Entwicklung ihrer persönlichen wirtschaftlichen Lage beurteilen die Befragten im Durchschnitt etwas pessimistisch, wenn auch deutlich positiver als die nationale Wirtschaftslage. Es scheint, dass die Krise am Vorabend der Wahl den Wählern durchaus bewusst war, in ihrem persönlichen Erleben aber noch relativ wenig angekommen war. Klare Ausnahme sind dabei die Wähler der Linken und anderer kleinen Parteien, sowie die Nichtwähler: Diese Wählergruppen berichten im Durchschnitt von einer klaren Verschlechterung ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage und schätzen auch die nationale Wirtschaftsentwicklung deutlich pessimistischer ein als die Wähler der großen Volksparteien, der Grünen und der FDP. Bei der Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung zeigen sich also deutliche Unterschiede zwischen den Wählern der verschiedenen Parteien.

Wie auch die eingangs diskutierten Umfragen zeigen die GLES-Daten darüber hinaus, dass die Wirtschaftskrise den Menschen Angst machte: Fast die Hälfte der Befragten (45 Prozent) gaben an, große bis sehr große Angst vor der Wirtschaftskrise zu haben, ein gutes Drittel (38 Prozent) hatte zumindest ein wenig Angst vor der Krise, und nur 16 Prozent waren der Meinung, dass ihnen die Wirtschaftskrise keine oder sehr wenig Angst mache. In Bezug auf die Wahlabsicht zeigt sich ein ähnliches Muster wie bei den oben diskutierten Einschätzungen der wirtschaftlichen Lage: Mit nur 12 Prozent (Union) bzw. 15 Prozent (FDP) der Befragten, die große bis sehr große Angst vor der Krise hatten, finden sich unter den Wählern der konservativen Parteien mehr Optimisten als bei den übrigen Parteien. Besonders pessimistisch waren dagegen die Wähler der Linken und die Nichtwähler, von denen jeweils mehr als ein Viertel konstatierte, große bis sehr große Angst vor der Wirtschaftskrise zu haben.

Ähnliche Unterschiede zwischen den Wählern verschiedener Parteien beobachten wir auch bei der Frage, inwieweit die Wähler die Bundesregierung für ihre persönliche und die gesamtdeutsche Wirtschaftslage verantwortlich machen. Generell sehen alle Befragten die Bundesregierung stärker für die gesamtdeutsche Wirtschaftslage verantwortlich als für die eigene wirtschaftliche Lage, die natürlich auch von vielen individuellen Faktoren beeinflusst wird. Gleichzeitig zeigt sich jedoch auch, dass Nichtwähler, Wähler der nicht im Bundestag vertretenen Parteien und in besonderem Maße die Wähler der Linken die Regierung generell stärker für wirtschaftliche Entwicklungen verantwortlich machen. Die Wähler von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen hingegen sind viel zurückhaltender bei der Zuweisung der Verantwortung an die Bundesregierung. Dies ist insbesondere im Kontext der Bundestagswahl 2009 nicht sehr überraschend. Wie bereits anfangs erwähnt, war die Verantwortung für die Wirtschaftslage bei dieser Wahl nicht leicht zuzuordnen, da die Finanz- und Wirtschaftskrise von den USA ausging und daher gewissermaßen eine »importierte Krise« war. Zudem war angesichts der Großen Koalition für die Wähler nicht klar zu erkennen, welche der Regierungsparteien nun die explizite Verantwortung für die Wirtschaftspolitik zu tragen hätte.

Insgesamt lässt sich also sagen, dass die Wähler die wirtschaftliche Entwicklung in den Monaten vor der Bundestagswahl eher kritisch einschätzten, und unter anderem auch die Bundesregierung (wenn auch nicht ausschließlich) dafür verantwortlich machten. Diese ersten Ergebnisse legen die Frage nahe, ob und wenn ja wie die unterschiedlichen Auswirkungen der

Wirtschaftskrise und die unterschiedlichen subjektiven Einschätzungen darüber die Wahlentscheidung der deutschen Wähler beeinflusst haben.

*Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf das Wahlverhalten 2009*

Wenn nun die Wähler die Wirtschaftslage kritisch einschätzen und zumindest teilweise die Bundesregierung dafür verantwortlich machen, hat das dann auch die Wahl entschieden? Zur Beantwortung dieser Frage haben wir mit Hilfe so genannter Regressionsanalysen untersucht, wie sich Unterschiede in der tatsächlichen und wahrgenommenen Wirtschaftslage auf die Wahlabsicht der Befragten auswirken.<sup>10</sup> Der Vorteil von Regressionsanalysen ist, dass man dabei die Auswirkungen wirtschaftlicher Faktoren schätzen kann und zwar unabhängig von den Auswirkungen anderer Faktoren, wie Alter, Geschlecht, Bildung oder ideologische Einstellung der Befragten, die ebenfalls das Wahlverhalten beeinflussen.

Abbildungen 5a-d fassen die Ergebnisse dieser Analysen zusammen. Die Schaubilder zeigen, wie sich die wirtschaftliche Situation im Wahlkreis bzw. die subjektiv wahrgenommene Wirtschaftslage auf die Wahrscheinlichkeit auswirkt, dass sich ein »Durchschnittswähler« bei der Bundestagswahl 2009 für eine bestimmte Partei entscheidet. In unserem Beispiel ist der »Durchschnittswähler« eine 51 Jahre alte westdeutsche Wählerin mit Realschulabschluss, die weder Gewerkschaftsmitglied noch arbeitslos ist, und sich im politischen Spektrum in der Mitte positioniert. So zeigt beispielsweise Abbildung 5b, dass diese Durchschnittswählerin mit einer Wahrscheinlichkeit von 37 Prozent die CDU/CSU wählt, wenn sie in einem Wahlkreis mit einer sehr niedrigen Arbeitslosenquote von 5 Prozent lebt (wie zum Beispiel im Wahlkreis Esslingen in Baden-Württemberg), während dieselbe Wählerin in einem Wahlkreis mit einer Arbeitslosenquote von 10 Prozent (zum Beispiel im thüringischen Wahlkreis Eisenach) die Union nur mit einer Wahrscheinlichkeit von knapp unter 30 Prozent wählen würde.

---

10 Zur Berechnung der Wahlwahrscheinlichkeiten wurde eine multinomiale logistische Regression berechnet. Abhängige Variable war jeweils die Wahlentscheidung, die unabhängigen Variablen die tatsächliche wirtschaftliche Situation und die subjektive Einschätzung der Wirtschaftslage. Als alternative Erklärungsfaktoren wurde dabei für Alter, Geschlecht, Bildung, Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, Arbeitslosigkeit, Wohnort (Ost- oder Westdeutschland) und die Links-Rechts-Orientierung kontrolliert. Für genauere Informationen über die Vorgehensweise siehe Beckmann, Trein und Walter (2010).

Wie wirkt sich »die Wirtschaft« also auf das Wahlverhalten aus? Hat sie einen Einfluss, und wenn ja, folgt dieser eher einer Belohnungs-Bestrafungs-Logik, bei der die Regierungsparteien für eine schlechte Wirtschaftslage abgestraft werden, oder eher einer Parteienlogik, bei der die Wähler nach der Wirtschaftskompetenz der Parteien unterscheiden? Die Abbildungen 5a-d geben Antworten auf diese Fragen. Abbildung 5a beginnt mit einer Analyse, wie sich die Veränderungen auf dem regionalen Arbeitsmarkt auf die Wahlabsichten auswirken. Dabei zeigt sich, dass die SPD dann punkten kann, wenn sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt verbessert hat, dass sie aber stark an potenziellen Wählerstimmen verliert, wenn sich die Arbeitslosenquote im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert hat. Wenn sich beispielsweise die Arbeitslosenquote relativ zum Vorjahr um ein Zehntel verringert hat, entscheidet sich unsere Wählerin mit einer Wahrscheinlichkeit von gut 50 Prozent für die SPD. Hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt hingegen verschlechtert und die Arbeitslosigkeit relativ zum Vorjahr um etwa 10 Prozent zugenommen, sinkt diese Wahrscheinlichkeit auf 39 Prozent. Dagegen nutzen steigende Arbeitslosenzahlen eher der CDU/CSU und den Grünen. Dieses Ergebnis legt nahe, dass die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt einen wichtigen Einfluss auf das Wahlverhalten hat, und zwar entlang den Vorhersagen der Parteidifferenz-Hypothese. Versagt die SPD auf ihrem ureigensten Politikfeld der Arbeitsmarktpolitik, was sich in einer Erhöhung der Arbeitslosenquote äußert, sinkt ihre Wahlwahrscheinlichkeit, während die konservative Union von steigenden Arbeitslosenzahlen eher profitiert. Wir sehen damit klare Unterschiede zwischen den beiden Regierungsparteien der großen Koalition, und keinen Belohnungs- bzw. Bestrafungseffekt, der beide Regierungsparteien gleich stark erfasst.

Eine ähnliche parteipolitische Unterscheidung zwischen den Regierungsparteien findet sich auch, wenn man nicht nur die relative Veränderung der Arbeitslosigkeit, sondern die tatsächliche Arbeitslosenquote zum Zeitpunkt der Wahl betrachtet (Abb. 5b). Auch hier zeigen sich starke Parteeffekte, wenn auch in umgekehrter Richtung als bei der Arbeitsmarktentwicklung. Die Wahrscheinlichkeit, konservativ-liberal zu wählen, ist in Wahlkreisen mit höherer Arbeitslosigkeit geringer als in solchen, die von geringen Arbeitslosenquoten gekennzeichnet sind. Die Wahrscheinlichkeit SPD, Grüne oder die Linke, also linke Parteien, zu wählen, ist dagegen in Wahlkreisen mit hohen Arbeitslosenquoten höher. Verschlechtert sich also die Lage am Arbeitsmarkt, verliert die SPD, bei einer hohen Arbeitslosenquote wird sie jedoch stärker gewählt – vermutlich weil in solchen Wahlkreisen die Nach-



Abbildung 5a-d: Effekt der Wirtschaftslage auf das vorhergesagte Wahlverhalten einer Durchschnittswählerin

Abb. 5a: Veränderung der Arbeitslosenquote relativ zum Vorjahr

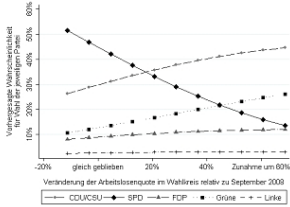


Abb. 5c: Subjektive Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung im Vorjahr

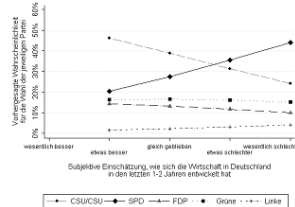


Abb. 5b: Arbeitslosenquote im Wahlkreis im September 2009

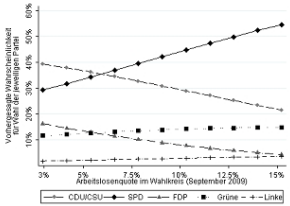
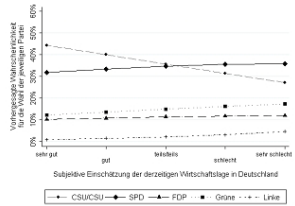


Abb. 5d: Subjektive Einschätzung der aktuellen Wirtschaftslage



Quelle: GLES-Vorwahl-Nachwahl-Match (GLES1103\_Pre1.3), eigene Berechnungen, nur Vorwahldaten.

frage nach einer Arbeitsmarktpolitik à la SPD (wie von der Parteidifferenzhypothese vorhergesagt) besonders hoch ist. Insgesamt liefert die Analyse des Effektes der tatsächlichen regionalen Wirtschaftslage auf das Wahlverhalten Indizien dafür, dass keine pauschale Belohnung oder Bestrafung der Regierung erfolgt, sondern dass sich die Wähler an den Inhalten der Parteien orientieren.

Um diesen Befund noch weiter zu untersuchen, betrachten wir zudem in den Abbildungen 5c und 5d den Einfluss individueller, subjektiver Einschätzungen der Wirtschaftslage auf die Wahlentscheidung. Abbildung 5c zeigt, wie sich die Wahlabsichten unserer repräsentativen Wählerin verändern, wenn sie die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation in den letzten ein bis zwei Jahren unterschiedlich einschätzt. Da keiner der Befragten in der Umfrage geantwortet hat, dass sich die Wirtschaft 2009 sehr verbessert habe, berechnen wir keine Wahlwahrscheinlichkeiten für diesen Fall. Anders als bei der tatsächlichen Arbeitsmarktentwicklung in der Region zeigt sich nun, dass die Wahrscheinlichkeit einer Stimmabgabe für die CDU sinkt, die für die SPD (ebenso wie die für die Linke) jedoch steigt, je negativer die wirtschaftliche Entwicklung in den Monaten der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise eingeschätzt wird. Bei einer optimistischeren Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung des letzten Jahres kann dagegen vor allem die CDU

punkten. Auch die subjektive Einschätzung der gegenwärtigen Lage (Abbildung 5d) führt zu schwach gegenläufigen Effekten bei beiden Regierungsparteien, je nachdem, ob unsere Wählerin die Wirtschaft optimistisch oder pessimistisch einschätzt. Wiederum liegt die Wahrscheinlichkeit, dass die CDU/CSU gewählt wird, umso höher, je positiver die aktuelle Wirtschaftslage eingeschätzt wird. Der Effekt auf die Wahlwahrscheinlichkeiten der SPD ist dagegen relativ gering.

Auch bei den Auswirkungen der subjektiven Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage fällt also vor allem der Unterschied zwischen den beiden Parteien der großen Regierungskoalition auf: Die Unionsparteien werden für eine wahrgenommene Verschlechterung der Lage und für eine pessimistische Einschätzung der aktuellen Wirtschaftslage abgestraft, während die SPD vor allem bei den Pessimisten punkten kann. Wie von der Parteiendifferenzhypothese vorhergesagt, scheinen die Ängste, die schlechte wirtschaftliche Entwicklungen bei manchen Wählern hervorrufen, vor allem zu einer Unterstützung linker und damit arbeitnehmerfreundlicher Parteien zu führen. Dagegen zeigen sich auch in den beiden Analysen der individuell wahrgenommenen Wirtschaftslage keine Hinweise auf eine generelle Belohnung oder Bestrafung beider Regierungsparteien, da sich die Wahlwahrscheinlichkeit der Regierungsparteien unterschiedlich entwickelt. Insgesamt erscheint die CDU die Partei der »Wirtschaftsoptimisten« zu sein, während Wähler, die die Wirtschaftslage als schlecht einstufen, eher die SPD wählen. Reine Belohnung oder Bestrafung findet sich bei der Bundestagswahl 2009 nicht, sondern eher Hinweise auf eine Lager-Entscheidung, also eine Orientierung an Inhalten.

#### 4. Fazit

»It's the economy, stupid!« Trifft Bill Clintons Wahlkampfeslogan auch auf den deutschen Wähler zu? Unsere Analysen zeigen – im Einklang mit vielen anderen politikwissenschaftlichen Studien – dass die Aussage, die Wirtschaftslage beeinflusse das Wahlverhalten, keinesfalls ins Reich der Mythologie zu verbannen ist. Im Gegenteil: Auch in Deutschland hat die Wirtschaftslage einen bedeutenden Einfluss auf die Wahlentscheidungen der Bürger. So zeigt sich beispielsweise, dass in den letzten dreißig Jahren Wirtschaftswachstum und sinkende Arbeitslosenzahlen systematisch zu höheren Umfragewer-

ten der Regierungsparteien geführt haben – genauso wie Rezessionen und steigende Arbeitslosenzahlen mit fallenden Werten assoziiert waren. Langfristig gesehen kann man also eine klare Belohnungs-Bestrafungs-Logik im Wahlverhalten der deutschen Bundesbürger ausmachen: Regierungsparteien profitieren von wirtschaftlich guten Zeiten und werden für wirtschaftlich schlechte Zeiten abgestraft, und zwar ohne dass ein starker Unterschied zwischen SPD- und CDU-geführten Regierungen erkennbar ist.

Angesichts des Ausmaßes der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, die 2007 in den USA ihren Ausgang nahm und im Herbst 2008 die ganze Welt erfasste, verwundert es vor diesem Hintergrund nicht, dass in den Medien und von Politikern stark über den Einfluss dieser Krise auf den Ausgang der Bundestagswahl im Herbst 2009 spekuliert wurde. Im zweiten Teil dieses Artikels haben wir daher untersucht, wie genau sich diese Krise auf das Wahlverhalten bei den Bundestagswahlen 2009 ausgewirkt hat. Zunächst einmal zeigte sich dabei, dass die Auswirkungen der Krise in Deutschland regional sehr unterschiedlich zu spüren waren und dass auch die Wähler die Wirtschaftslage in Deutschland individuell sehr unterschiedlich einschätzten. Fast die Hälfte der Wähler hatte dabei große oder sogar sehr große Angst vor der globalen Wirtschaftskrise. Angesichts dieser Ergebnisse überrascht es wohl nicht, dass unsere tiefergehenden Analysen der Auswirkungen wirtschaftlicher Faktoren auf das Wahlverhalten 2009 zeigen, dass solche Faktoren die Wahlabsicht stark mit beeinflusst haben. Interessanterweise zeigte sich für die Bundestagswahl 2009 jedoch ein Effekt entlang von Parteifamilien und nicht, wie in der Analyse der letzten dreißig Jahre, ein Belohnungs-Bestrafungs-Effekt. Unsere Berechnungen zeigen, dass die linken Parteien – vor allem die SPD – dort punkten konnten, wo die Arbeitslosigkeit hoch ist oder die Wähler die Wirtschaftslage eher pessimistisch einschätzten. Die Wahrscheinlichkeit für die Wahl konservativer Parteien wie CDU/CSU oder FDP war hingegen höher, wenn die regionale Arbeitslosenquote gering war oder relativ zu 2008 besonders stark angestiegen war und wenn die Wähler die wirtschaftliche Entwicklung und gegenwärtige Lage positiv einschätzten. Natürlich bestimmen auch andere Faktoren, allen voran die ideologische Positionierung der Befragten das Wahlverhalten, aber die wirtschaftliche Lage hat zusätzlich dazu das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2009 ganz eindeutig und nach Parteien differenziert beeinflusst.

Wie lässt sich der Unterschied zwischen dem Wahlverhalten über den Zeitverlauf nach der Belohnungs-Bestrafungs-Logik und dem Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2009 nach der Parteidifferenz-Logik erklären?

Wie wir gesehen haben, entstand die globale Wirtschafts- und Finanzkrise in den USA und nicht in Deutschland und auch das Krisenmanagement ging nicht nur auf eine Partei zurück. Für den Wähler war es damit schwierig, einer der Regierungsparteien eindeutig die Verantwortung für die schlechte Wirtschaftslage zuzuschreiben. Beide Faktoren scheinen den Belohnungs-Bestrafungs-Mechanismus im Wahlverhalten der deutschen Bürger geschwächt zu haben. Anstelle dessen wurde eher im Hinblick darauf gewählt, welcher Partei man angesichts der wirtschaftlichen Problemlage inhaltlich mehr Kompetenz zutraute. Vor allem die SPD konnte daher bei solchen Wählern punkten, die sich über die Auswirkungen der Krise insbesondere auf den Arbeitsmarkt sorgten.

Zusammenfassend können wir also festhalten, dass die Clintonsche Formel von der Bedeutung der Wirtschaftslage auf das Wahlverhalten im Hinblick auf den deutschen Wähler zutrifft: wirtschaftliche Entwicklungen beeinflussen auch in Deutschland den Wahlausgang. Allerdings ist der Mechanismus für diesen Einfluss nicht immer gleich. Im deutschen Kontext müsste die Aussage daher wie folgt modifiziert werden: »It's the economy, stupid! But in a variety of ways.«



# Literatur

- Adam, Silke/Maier, Michaela (2010), »Personalization of Politics. A Critical Review and Agenda for Research«, in: Charles T. Salmon (Hg.), *Communication Yearbook* 34, New York, S. 213–257.
- Armington, Alan (2002), *Categorical Data Analysis*, 2. Aufl., New Jersey.
- Armington, Klaus (1994), »Gründe und Folgen geringer Wahlbeteiligung«, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 46, H. 1, S. 43–64.
- Arnim, Hans Herbert von (1993), *Staat ohne Diener. Was schert die Politiker das Wohl des Volkes?*, München.
- Arzheimer Kai/Schoen, Harald (2007), »Mehr als eine Erinnerung an das 19. Jahrhundert? Das sozioökonomische und das religiös-konfessionelle Cleavage und das Wahlverhalten 1994 – 2005«, in: Hans Rattinger/Oscar W. Gabriel/Jürgen W. Falter (Hg.), *Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland*, Baden-Baden, S. 89–112.
- Arzheimer, Kai (2006), »Jung, dynamisch, Nichtwähler? Der Einfluss von Lebensalter und Kohortenzugehörigkeit auf die Wahlbereitschaft«, in: Edeltraud Roller/Frank Bretschneider/Jan van Deth (Hg.), *Jugend und Politik: »Voll normal!«. Der Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendforschung*, Wiesbaden, S. 317–336.
- Arzheimer, Kai (2007), »Wahl extremer Parteien«, in: Hans Rattinger/Oscar W. Gabriel/Jürgen W. Falter (Hg.), *Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland*, Baden-Baden, S. 67–86.
- Arzheimer, Kai (2009), »Ideologien«, in: Viktoria Kaina/Andrea Römmele (Hg.), *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*, Wiesbaden, S. 83–108.
- Arzheimer, Kai/Falter, Jürgen (2005), »Goodbye Lenin? Bundes- und Landtagswahlen seit 1990. Eine Ost-West-Perspektive«, in: Jürgen W. Falter/Oscar W. Gabriel/Bernhard Weißels (Hg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002*, Wiesbaden, S. 233–283.
- Arzheimer, Kai/Rudi, Tatjana (2007), »Werteorientierungen und ideologische Einstellungen«, in: Hans Rattinger/Oscar W. Gabriel/Jürgen Falter (Hg.), *Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland*, Baden-Baden, S. 167–187.
- Beckmann, Ruth/Trein, Philipp/Walter, Stefanie (2010), *Wählen in der Krise. Wirtschaftskrise und Wahlverhalten bei der deutschen Bundestagswahl 2009*, Heidelberg.

- Behnke, Joachim (2010), »Überhangmandate bei der Bundestagswahl 2009 – das ewige Menetekel«, *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 51, H. 3, S. 531–552.
- Bell, Daniel (1961), *The End of Ideology, On the Exhaustion of Political Ideas in the Fifties*, New York.
- Bem, Sandra L. (1974), »The Measurement of Psychological Androgyny«, *Journal of Consulting and Clinical Psychology*, Jg. 42, H. 2, S. 155–62.
- Bieber, Ina/Roßteutscher, Sigrid (2011), »Große Koalition und Wirtschaftskrise: Zur Ausgangslage der Bundestagswahl 2009«, in: Hans Rattinger/Sigrid Roßteutscher/Rüdiger Schmitt-Beck/Bernhard Weißels (Hg.), *Zwischen Langeweile und Extremen: die Bundestagswahl 2009*, Baden-Baden, S. 18–32.
- Biezen, Ingrid van/Mair, Peter/Poguntke, Thomas (2009), *Going, Going. ... Gone? Party Membership in Europe at the Beginning of the 21st Century*, Konferenzpapier für die EJPR Joint Sessions of Workshops, Lissabon.
- Bluck, Carsten/Kreikenbom, Henry (1991), »Die Wähler in der DDR: Nur issueorientiert oder auch parteigebunden?«, *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 22, H. 3, S. 495–502.
- Brettschneider, Frank (1992), »Der taktische und rationale Wähler. Über den Einfluß von Wahlumfragen auf das Wählerverhalten bei den Bundestagswahlen 1983 bis 1990«, *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 33, H. 1, S. 55–72.
- Brettschneider, Frank (2000), »Demoskopie im Wahlkampf – Leitstern oder Irrlicht?«, in: Markus Klein/Wolfgang Jagodzinski/Ekkehard Mochmann/Dieter Ohr (Hg.), *50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland*, Opladen, S. 477–505.
- Brettschneider, Frank (2002), *Spitzenkandidaten und Wählerfolg. Personalisierung, Kompetenz, Parteien. Ein internationaler Vergleich*, Wiesbaden.
- Brettschneider, Frank/Gabriel, Oscar W. (2003), »The Nonpersonalization of Voting Behavior in Germany«, in: Anthony King (Hg.), *Leaders' Personalities and the Outcomes of Democratic Elections*, Oxford, S. 127–157.
- Bsirske, Frank (2009), »Die neue Unübersichtlichkeit – Gewerkschaften und ein neues Parteiensystem«, in: Matthias Machnig/Joachim Raschke (Hg.), *Wohin steuert Deutschland? Bundestagswahl 2009 – ein Blick hinter die Kulissen*, Hamburg, S. 290–300.
- Budge, Ian/Laver Michael J. (1992), »Coalition Theory, Government Policy and Party Policy«, in: Michael J. Laver/Ian Budge (Hg.), *Party Policy and Government Coalitions*, New York, S. 1–40.
- Bundeswahlleiter (2010a), »Ergebnisse der Bundestagswahlen 1949 bis 2009. Wahlbeteiligung der Männer und Frauen bei den Bundestagswahlen 1953 bis 1987 nach Altersgruppen und Ländern«, [http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/-downloads/repraesentative\\_wahlstatistik/wahlbeteiligung\\_1953\\_1987.xls](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/-downloads/repraesentative_wahlstatistik/wahlbeteiligung_1953_1987.xls), Zugriff am 04.01.2011.
- Bundeswahlleiter (2010b), *Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009. Heft 1: Ergebnisse und Vergleichszahlen früherer Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die Bundestagswahlkreise*, Wiesbaden.

- Bundeswahlleiter (2010c), *Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009. Heft 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen*, Wiesbaden.
- Bürklin, Wilhelm (1992), »Gesellschaftlicher Wandel, Wertewandel und politische Beteiligung«, in: Karl Starzacher/Konrad Schacht/Bernd Friedrich/Thomas Leif (Hg.), *Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?*, Köln, S. 18–39.
- Busemann, Katrin/Gscheidle, Christoph. (2010), »Web 2.0: Nutzung steigt – Interesse an aktiver Teilhabe sinkt. Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie 2010«, in: *Media Perspektiven 7–8/2010*, [http://www.media-perspektiven.de/uploads/tx\\_mppublications/07–08–2010\\_Busemann.pdf](http://www.media-perspektiven.de/uploads/tx_mppublications/07–08–2010_Busemann.pdf), Zugriff am 11.01.2011.
- Bytzek, Evelyn (2010), »Der überraschende Erfolg der FDP bei der Bundestagswahl 2005: Leihstimmen oder Koalitionswahl als Ursache«, in: Thorsten Faas/Kai Arzheimer/Sigrid Roßteutscher (Hg.), *Information – Wahrnehmung – Emotion. Politische Psychologie in der Wahl- und Einstellungsforschung*, Wiesbaden, S. 315–332.
- Caballero, Claudio (2005), »Nichtwahl«, in: Jürgen W. Falter/Harald Schoen (Hg.), *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden, S. 329–365.
- Carstairs, Sharon/Higgins, Tim (2005), *Dancing Backwards. A Social History of Canadian Women in Politics*, Winnipeg.
- Chaffee, Steven H. (1978), »Presidential Debates – Are They Helpful to Voters?«, *Communication Monographs*, Jg. 45, S. 330–346.
- Dahl, Robert A. (1989), *Democracy and its Critics*, New Haven/London.
- Dalton, Russel J. (2010), »Ideology, Partisanship, and Democratic Development«, in: Lawrence LeDuc/Richard G. Niemi/Pippa Norris (Hg.), *Comparing Democracies. 3. Elections and Voting in the 21<sup>st</sup> Century*, Los Angeles/London/New Delhi/Singapore/Washington DC, S. 143–164.
- Dalton, Russel J./Wattenberg, Martin P. (2000), »Partisan Change and the Democratic Process«, in: Russel J. Dalton/Martin P. Wattenberg (Hg.), *Parties without Partisans. Political Change in Advanced Industrial Societies*, Oxford, S. 261–284.
- Dalton, Russell J./Wattenberg, Martin P. (Hg.) (2000), *Parties without Partisans. Political Change in Advanced Industrial Societies*, Oxford.
- Debus, Marc (2010), »Sympathien gegenüber politischen Akteuren und ihre Auswirkungen auf die individuelle Wahlentscheidung: Mehr als nur Nebensache?«, in: Thorsten Faas/Kai Arzheimer/Sigrid Roßteutscher (Hg.), *Information – Wahrnehmung – Emotion. Politische Psychologie in der Wahl- und Einstellungsforschung*, Wiesbaden, S. 291–313.
- Dehm, Ursula (2002), »Fernsehduelle im Urteil der Zuschauer. Eine Befragung des ZDF zu einem neuen Sendungsformat bei der Bundestagswahl 2002«, *Media Perspektiven*, H. 12, S. 600–609.
- Dehm, Ursula (2005), »Das TV-Duell 2005 aus Zuschauersicht. Eine Befragung des ZDF zum Wahlduell zwischen Herausforderin Angela Merkel und Kanzler Gerhard Schröder«, *Media Perspektiven*, H. 12, S. 627–637.



- Dehm, Ursula (2009), »Das TV-Duell 2009 aus Zuschauersicht. Dreistufige Befragung zum Wahlduell zwischen Kanzlerin Angela Merkel und Herausforderer Frank-Walter Steinmeier«, *Media Perspektiven*, H. 12, S. 651–661.
- Dolan, Kathleen (2005), »Do Women Candidates Play to Gender Stereotypes? Do Men Candidates Play to Women? Candidate Sex and Issues Priorities on Campaign Websites«, *Political Research Quarterly*, Jg. 58, H. 1, S. 31–44.
- Donsbach, Wolfgang (1984), »Die Rolle der Demoskopie in der Wahlkampf-Kommunikation. Empirische und normative Aspekte der Hypothese über den Einfluss der Meinungsforschung auf die Wählermeinung«, *Zeitschrift für Politik*, Jg. 31, H. 4, S. 388–409.
- Donsbach, Wolfgang (2002), »Sechs Gründe gegen Fernsehduelle. Zur politischen Bewertung einer medialen Inszenierung«, *Die politische Meinung*, H. 396, S. 19–25.
- Donsbach, Wolfgang/Jandura, Olaf (2005), »Urteile mit Verfallsdatum. Einflüsse auf die Wahrnehmung des ersten Fernsehduells«, in: Elisabeth Noelle-Neumann/Wolfgang Donsbach/Hans Mathias Kepplinger (Hg.), *Wählerstimmungen in der Mediendemokratie. Analysen auf der Basis des Bundestagswahlkampfes 2002*, Freiburg, S. 141–163.
- Donsbach, Wolfgang/Jandura, Olaf/Hastall, Matthias (2004), »Neues aus der Fernsehdemokratie – Wahrnehmung und Wirkung des ersten TV-Duells«, in: Heinrich Oberreuter (Hg.), *Der versäumte Wechsel. Eine Bilanz des Wahljahrs 2002*, München, S. 136–156.
- Downs, Anthony (1968), *Ökonomische Theorie der Demokratie*, Tübingen.
- Druckman, James N. (2003), »The Power of Television Images. The First Kennedy-Nixon Debate Revisited«, *Journal of Politics*, Jg. 65, H. 2, S. 559–571.
- Duch, Raymond/Stevenson, Randolph (2008), *The Economic Vote. How Political and Economic Institutions Condition Election Results*, Cambridge.
- Eijk, Cees van der/Egmond, Marcel van (2007), »Political Effects of Low Turnout in National and European Elections«, *Electoral Studies*, Jg. 26, H. 3, S. 561–573.
- Eilfort, Michael (1994), *Die Nichtwähler: Wahlenthaltung als Form des Wählerverhaltens*, Paderborn.
- Elff, Martin (2006), *Politische Ideologien, soziale Konflikte und Wahlverhalten. Die Bedeutung politischer Angebote der Parteien für den Zusammenhang zwischen sozialen Merkmalen und Parteipräferenzen in zehn westeuropäischen Demokratien*, Baden-Baden.
- Elff, Martin/Roßteutscher, Sigrid (2009), »Die Entwicklung sozialer Konfliktlinien in den Wahlen von 1994 bis 2005«, in: Oscar W. Gabriel/Bernhard Weßels/Jürgen W. Falter (Hg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005*, Wiesbaden, S. 307–327.
- Elff, Martin/Roßteutscher, Sigrid (2011), »Stability or Decline? Class, Religion and the Vote in Germany«, in: Thomas Saalfeld/Thomas Poguntke (Hg.), *German Politics*, Sonderheft zur Bundestagswahl 2009, im Erscheinen.

- Faas, Thorsten (2010), »Umfragen im Bundestagswahlkampf 2009«, *Zeitschrift für Politikberatung*, Jg. 3, H. 1, S. 125–126.
- Faas, Thorsten/Huber, Sascha (2010), »Experimente in der Politikwissenschaft: Vom Mauerblümchen zum Mainstream«, *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 51, H. 4, S. 721–749.
- Faas, Thorsten/Mackenrodt, Christian/Schmitt-Beck, Rüdiger (2008), »Polls That Mattered: Effects of Media Polls on Voters' Coalition Expectations and Party Preferences in the 2005 German Parliamentary Election«, *International Journal of Public Opinion Research*, Jg. 20, H. 3, S. 299–325.
- Faas, Thorsten/Rattinger, Hans (2003), »Politische Konsequenzen von Arbeitslosigkeit: Eine Analyse der Bundestagswahlen 1980 bis 2002«, in: Andreas M. Wüst (Hg.), *Politbarometer*, S. 205–254.
- Faas, Thorsten/Schmitt-Beck, Rüdiger (2007), »Wahrnehmung und Wirkungen politischer Meinungsumfragen: Eine Exploration zur Bundestagswahl 2005«, in: Frank Brettschneider/Oskar Niedermayer/Bernhard Weßels (Hg.), *Die Bundestagswahl 2005: Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse*, Wiesbaden, S. 233–267.
- Falter, Jürgen W./Schumann, Siegfried (1990), »Vive la (trés) petite différence! Über das unterschiedliche Wahlverhalten von Männern und Frauen bei der Bundestagswahl 1987«, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987*, Wiesbaden, S. 109–142.
- Falter, Jürgen W./Schumann, Siegfried (1994), »Der Nichtwähler – das unbekanntes Wesen«, in: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hg.), *Wähler und Nichtwähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990*, Opladen, S. 161–213.
- Falter, Jürgen/Schumann, Siegfried (1989): »Methodische Probleme von Wahlforschung und Wahlprognose«, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B. 43/1989, S. 4–7.
- Faul, Erwin (1960), »Soziologie der westdeutschen Wählerschaft«, in: Dolf Sternberger/Friedrich Erbe/Peter Molt/Erwin Faul (Hg.), *Wahlen und Wähler in Westdeutschland*, Villingen, S. 135–315.
- Feist, Ursula (1992), »Niedrige Wahlbeteiligung – Normalisierung oder Krisensymptom der Demokratie in Deutschland?«, in: Karl Starzacher/Konrad Schacht/Bernd Friedrich/Thomas Leif (Hg.), *Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?*, Köln, S. 40–57.
- Fiorina, Morris P. (1981), *Retrospective Voting in American National Elections*, Yale.
- Fisher, Stephen D. (2007), »(Change in) Turnout and (Change in) the Left Share of the Vote«, *Electoral Studies*, Jg. 26, H. 3, S. 598–611.
- Forschungsgruppe Wahlen (2009), *Bundestagswahl 2009. Eine Analyse der Wahl vom 27. September 2009*, Mannheim.
- Forschungsgruppe Wahlen (2009), »Politbarometer August II 2009«, [http://www.forschungsgruppewahlen.de/Umfragen\\_und\\_Publikationen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer\\_2009/August\\_II/](http://www.forschungsgruppewahlen.de/Umfragen_und_Publikationen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2009/August_II/), Zugriff am 11.01.2011.
- Forschungsgruppe Wahlen (2000), *Wahlergebnisse in Deutschland 1946 – 2000*, Mannheim.

- Fuchs, Dieter/Klingemann, Hans-Dieter (1989), »Das Links-Rechts-Schema als politischer Code. Ein interkultureller Vergleich auf inhaltsanalytischer Grundlage«, in: Max Haller/Hans-Joachim Hofmann-Nowotny/Wolfgang Zapf (Hg.), *Kultur und Gesellschaft. Verhandlungen des 24. Deutschen Soziologentags, des 11. Österreichischen Soziologentags und des 8. Kongress der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie in Zürich 1988*, Frankfurt/New York, S. 484–498.
- Fukuyama, Francis (1989), »Das Ende der Geschichte?«, *Europäische Rundschau*, Jg. 17, H. 4, S. 3–25.
- Fukuyama, Francis (1992), *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?*, München.
- Gabriel, Oscar W./Keil, Silke I./Thaidigsmann, S. Isabell (2009), »Kandidatenorientierungen und Wahlentscheid bei der Bundestagswahl 2005«, in: Oscar W. Gabriel/Bernhard Weißels/Jürgen W. Falter (Hg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus der Analyse der Bundestagswahl 2005*, Wiesbaden, S. 267–303.
- Gast, Henrik/Kranenpohl, Uwe (2008), »Große Koalitionen – schwacher Bundestag?«, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B. 16/2008, S. 18–23.
- Gibowski, Wolfgang G. (1977), »Die Bedeutung der Links-Rechts-Dimension als Bezugsrahmen für politische Präferenzen«, *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 18, H. 3, S. 600–626.
- Gschwend, Thomas (2007), »Ticket-Splitting and Strategic Voting under Mixed Electoral Rules: Evidence from Germany«, *European Journal of Political Research*, Jg. 46, H. 1, S. 1–23.
- Haas, Melanie (2007), »Auswirkungen der Großen Koalition auf das Parteiensystem«, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B. 35–36/2007, S. 18–26.
- Heinrich, Roberto/Lübker, Malte/Biehl, Heiko (2002), *Parteimitglieder im Vergleich: Partizipation und Repräsentation. Kurzfassung des Abschlussberichtes zum gleichnamigen DFG-Projekt*, Potsdam.
- Hibbs, Douglas A.. (1977), »Political Parties and Macroeconomic Policy«, *American Political Science Review*, Jg. 71, H. 4, S. 1467–1487.
- Hicks, Alexander M./Duane H. Swank (1992), »Politics, Institutions, and Welfare Spending in Industrialized Democracies, 1960–82«, *American Political Science Review*, Jg. 86, S. 658–674.
- Hildebrand, Klaus (2006), »Die erste große Koalition 1966 bis 1969. Gefährdung oder Bewährung der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik?«, *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 37, H. 3, S. 611–625.
- Hoffmann, Jochen/Raupp, Juliana (2006), »Politische Personalisierung. Disziplinäre Zugänge und theoretische Folgerungen«, *Publizistik*, Jg. 51, H. 4, S. 456–478.
- Hoffmann-Jaberg, Birgit/Roth, Dieter (1994), »Die Nichtwähler. Politische Normalität oder wachsende Distanz zu den Parteien?«, in: Wilhelm Bürklin/Diether Roth (Hg.), *Das Superwahljahr. Deutschland vor unkalkulierbaren Regierungsmehrheiten?*, Köln, S. 132–159.
- Hofmann-Götting, Joachim (1986), *Emanzipation mit dem Stimmzettel: 70 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland*, Bonn.

- Holbrook, Thomas M. (1999), »Political Learning from Presidential Debates«, *Political Behavior*, Jg. 21, H. 1, S. 67–89.
- Holbrook, Thomas M. (2002), »Presidential Campaigns and the Knowledge Gap«, *Political Communication*, Jg. 19, H. 4, S. 437–454.
- Holtz-Bacha, Christina (2002), »Massenmedien und Wahlen: Die Professionalisierung der Kampagnen«, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B. 15–16/2002, S. 23–28.
- Holtz-Bacha, Christina (2009), »Politikerinnen. Bilder im internationalen Vergleich.«, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B. 50/2009, S. 3–8.
- Hopmann, David Nicolas (2010), »Vom emotionalen Underdog zur bewussten Strategie: Wie Meinungsumfragen die Parteipräferenzen der Wähler beeinflussen«, in: Thorsten Faas/Kai Arzheimer/Sigrid Roßteutscher (Hg.), *Information – Wahrnehmung – Emotion: Politische Psychologie in der Wahl- und Einstellungsforschung*, Wiesbaden, S. 51–70.
- Huber, Sascha/Gschwend, Thomas/Meffert, Michael F./Pappi, Franz U. (2009), »Erwartungsbildung über den Wahlausgang und ihr Einfluss auf die Wahlentscheidung«, in: Oscar W. Gabriel/Jürgen W. Falter/Bernhard Weßels (Hg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005*, Wiesbaden, S. 562–584.
- Infratest dimap (2009), »ARD-DeutschlandTREND August 2009«, <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2009/august/>, Zugriff am 11.01.2011.
- Inglehart, Ronald (1989), *Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt*, Frankfurt am Main/New York.
- Jesse, Eckard (2005), »Die sächsische Landtagswahl vom 19. September 2004: Debakel für die CDU und die SPD gleichermaßen«, *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 36, H. 1, S. 80–100.
- Jesse, Eckhard (1985), *Wahlrecht zwischen Kontinuität und Reform*. Düsseldorf.
- Jesse, Eckhard (2008), *Demokratie in Deutschland. Diagnosen und Analysen*, Köln.
- Kaase, Max (1967), *Wechsel von Parteipräferenzen. Eine Analyse am Beispiel der Bundestagswahl 1961*, Meisenheim a. Gl.
- Karvonen, Lauri (2010), *The Personalisation of Politics. A Study of Parliamentary Democracies*, Colchester.
- Kaspar, Hanna/Falter, Jürgen W. (2009), »Angenähert oder ausdifferenziert? Das Wahlverhalten in Ost- und Westdeutschland bei der Bundestagswahl 2005«, in: Oscar W. Gabriel/Bernhard Weßels/Jürgen W. Falter (Hg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005*, Wiesbaden, S.202–227.
- Kellermann, Charlotte (2008), *Trends and Constellations. Klassische Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens bei den Bundestagswahlen 1990 bis 2005*, Baden-Baden.
- Kellermann, Charlotte/Rattinger, Hans (2005), »Round up the Usual Suspects: Die Bedeutung klassischer Bestimmungsfaktoren der Wahlentscheidung bei den Bundestagswahlen 1994 bis 2002«, in: Jürgen W. Falter/Oscar W. Gabriel/Bernhard Weßels (Hg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002*, Wiesbaden, S. 189–212.

- Kellermann, Charlotte/Rattinger, Hans (2006). »Economic Conditions, Unemployment and Perceived Government Accountability«, *German Politics*, Jg. 15, H. 4, S. 460–480.
- Key, V.O. (1966), *The Responsible Electorate*, New York.
- Kiewiet, Roderick (1983), *Macroeconomics and Micropolitics: The Electoral Effects of Economic Issues*, Chicago.
- Kindelmann, Klaus (1994), *Kanzlerkandidaten in den Medien. Eine Analyse des Wahljahres 1990*, Opladen.
- Kirchheimer, Otto (1965), »Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems«, *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 6, H. 1, S. 20–41.
- Kirchheimer, Otto (1966), »The Transformation of the Western European Party System«, in: Joseph LaPalombara/Myron Weiner (Hg.), *Political Parties and Political Development*, Princeton (New Jersey), S. 177–200.
- Kleinhenz, Thomas (1995), *Der Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland*, Opladen.
- Klingemann, Hans-Dieter (1985), »West Germany«, in: Ivor Crewe/David Denver (Hg.), *Electoral Change in Western Democracies*, London, S. 230–263.
- Klingemann, Hans-Dieter/Volkens, Andrea (2002), »Struktur und Entwicklung von Wahlprogrammen in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1994«, in: Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hg.) *Parteiendemokratie in Deutschland*, 2. aktualisierte u. erweiterte Auflage, Wiesbaden, S. 507–527.
- Kohler, Ulrich (2006), »Die soziale Ungleichheit der Wahlabstinz in Europa«, in: Jens Alber/Wolfgang Merkel (Hg.), *Europas Osterweiterung: Das Ende der Vertiefung? WZB-Jahrbuch 2005*, Berlin, S. 159–179.
- Lavies, Ralf-Rainer (1973), *Nichtwählen als Kategorie des Wahlverhaltens. Empirische Untersuchung zur Wahlenthaltung in historischer, politischer und statistischer Sicht*, Düsseldorf.
- Lazarsfeld, Paul F./Berelson, Bernhard/Gaudet, Hazel (1944), *The People's Choice. How the Voter makes up his Mind in a Presidential Campaign*, New York.
- Leibholz, Gerhard (1967), *Strukturprobleme der modernen Demokratie*, Frankfurt.
- Lenk, Kurt (1994), »Zum Strukturwandel politischer Ideologien im 19. und 20. Jahrhundert – Begriff und Phänomen des ideologischen Bewusstseins«, in: Kurt Lenk (Hg.), *Rechts wo die Mitte ist: Studien zur Ideologie: Rechtsextremismus, Nationalsozialismus, Konservatismus*, Baden-Baden, S. 27–42.
- Lepsius, Rainer M. (1973), »Wahlverhalten, Parteien und politische Spannungen. Vermutungen zu Tendenzen und Hypothesen zur Untersuchung der Bundestagswahl 1972«, *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 14, H. 2, S. 295–513.
- Lewis-Beck, Michael S./Nadeau, Richard (2009) »Obama and the Economy in 2008«, *Political Science & Politics*, Jg. 42, H. 3, S. 479–483.
- Lewis-Beck, Michael S./Paldam, Martin (2000), »Economic Voting: An Introduction«, *Electoral Studies*, Jg. 19, H. 2–3, S. 113–121.
- Lewis-Beck, Michael S./Stegmaier, Mary (2000), »Economic Determinants of Electoral Outcomes«, *Annual Review of Political Science*, Jg. 3, H. 1, S. 183–219.

- Lewis-Beck, Michael S./Stegmaier, Mary (2007), »Economic Models of Voting«, in: Russel J. Dalton/Hans-Dieter Klingemann, *The Oxford Handbook of Political Behavior*, Oxford, S. 518–537.
- Liepelt, Klaus/Riemenschnitter, Hela (1973), »Wider der These vom besonderen Wahlverhalten der Frau. Eine Auseinandersetzung mit statistischen und individualistischen Fehlschlüssen«, *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 14, H. 4, S. 567–605.
- Linhart, Eric/Shikano, Susumu (2007), »Die Generierung von Parteipositionen aus vorverschlüsselten Wahlprogrammen für die Bundesrepublik Deutschland (1949–2002)«, *MZES Working Paper*, Nr. 98.
- Linhart, Eric/Shikano, Susumu (2009), »Positionen der deutschen Parteien bei Bundestagswahlen 1949–2009, <http://www.polver.uni-konstanz.de/shikano/forschung/daten-und-programme/>, Zugriff am 04.11.2010.
- Lupia, Arthur (1994), »Shortcuts versus Encyclopedias: Information and Voting Behavior in California Insurance Reform Elections«, *American Political Science Review*, Jg. 88, H. 1, S. 63–76.
- Lupri, Eugen (1969), »Soziologische Bedeutung der Wahlprognose. Über den Einfluß von Meinungsforschungsergebnissen auf die politische Willensbildung«, in: Hartmann, Klaus D. (Hg.), *Politische Beeinflussung*, Frankfurt, S. 99–116.
- Lutz, Georg/Michael Marsh (2007), »Introduction: Consequences of Low Turnout«, in: *Electoral Studies*, Jg. 26, H. 3, S. 539–547.
- Mahler, Vincent A. (2008), »Electoral Turnout and Income Redistribution by the State: A Cross-National Analysis of the Developed Democracies«, *European Journal of Political Research*, Jg. 47, H. 2, S. 161–183.
- Maier, Jürgen (2007), »Eine Basis für rationale Wahlentscheidungen? Die Wirkungen des TV-Duells auf politische Kenntnisse«, in: Marcus Maurer/Carsten Reinemann/Jürgen Maier/Michaela Maier (Hg.), *Schröder gegen Merkel. Wahrnehmung und Wirkung des TV-Duells 2005 im Ost-West-Vergleich*, Wiesbaden, S. 129–143.
- Maier, Jürgen/Rattinger, Hans (2004), »Economic Conditions and Voting Behaviour in German Federal Elections, 1994–2002«, *German Politics*, Jg. 13, H. 2, S. 201–17.
- März, Peter (2007), »Große Koalitionen in Deutschland«, in: Eckhard Jesse/Eckart Klein (Hg.), *Das Parteienspektrum im wiedervereinigten Deutschland*, Berlin, S. 119–177.
- Massing, Peter (2003), »Sammelrezension Ergebnisse der Jugendforschung«, in: Gorthard, Breit (Hg.), *Politische Kultur in Deutschland. Abkehr von der Vergangenheit – Hinwendung zur Demokratie*, Schwalbach, S. 110–113.
- Maurer, Marcus/Reinemann, Carsten (2006), »Learning versus Knowing. Effects of Misinformation in Televised Debates«, *Communication Research*, Jg. 33, H. 6, S. 489–506.

- McAllister, Ian (2007), »The Personalization of Politics«, in: Russell J. Dalton/Hans-Dieter Klingemann (Hg.), *The Oxford Handbook of Political Behavior*, Oxford, S. 571–588.
- Meyer, Birgit (2009), »Nachts, wenn der Generalsekretär weint« – Politikerinnen in der Presse«, *Aus Politik und Zeitgeschehen*, Jg. 50, S. 9–15.
- Meyer, Hans (1994), »Der Überhang und anderes Unterhaltsames aus Anlaß der Bundestagswahl 1994«, *Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft*, Jg. 77, H. 4, S. 312–362.
- Miller, Warren E./Shanks, J. Merrill (1996), *The New American Voter*, Cambridge/London.
- Molitor, Ute/Neu, Viola (1999), »Das Wahlverhalten der Frauen bei der Bundestagswahl 1998. Kaum anders als das der Männer«, *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 30, H. 2, S. 252–267.
- Mondak, Jeffery J. (1993), »Public Opinion and Heuristic Processing of Source Cues«, *Political Behavior*, Jg. 15, H. 2, S. 167–192.
- Morlok, Martin/von Alemann, Ulrich/Merten, Heike (Hg.) (2008), *Gemeinwohl und politische Parteien*, Baden-Baden.
- Müinkel, Daniela (2005), *Willy Brandt und die »Vierte Gewalt«. Politik und Massenmedien in den fünfziger bis siebziger Jahren*, Frankfurt am Main.
- Murphy, Detlef/Nullmeier, Frank/Raschke, Joachim/Rubart, Frauke/Saretzki, Thomas (1981), »Haben »links« und »rechts« noch Zukunft? Zur aktuellen Diskussion über die politischen Richtungsbegriffe«, *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 22, H. 4, S. 398–414.
- Nadjafi, Siamak (2003), *Demokratie im Zeitalter interaktiver Medien. Über die Ursachen der gegenwärtigen Politikverdrossenheit und die Chancen der Bürgerpartizipation durch die elektronische Demokratie*, Dissertation, Universität Graz, Graz.
- Neu, Viola (2007), *Die Mitglieder der CDU. Eine Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung*, St. Augustin/Berlin, Konrad-Adenauer-Stiftung 84/2007.
- Niedermayer, Oskar (2008), »Das fluide Fünfparteiensystem nach der Bundestagswahl 2005«, in: Oskar Niedermayer (Hg.), *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005*, Wiesbaden, S. 9–35.
- Niedermayer, Oskar (2009), »Parteimitglieder in Deutschland, Version 1/2009«, <http://www.polsoz.fuberlin.de/polwiss/forschung/systeme/emposz/schriften/Arbeitsheftelahosz15.pdf>
- Nohlen, Dieter (2009a), »Erfolgswertgleichheit als fixe Idee oder: Zurück zu Weimar? Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts über das Bundeswahlgesetz vom 3. Juli 2008«, *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 40, H. 1, S. 179–195.
- Nohlen, Dieter (2009b), *Wahlrecht und Parteiensystem*. 6. Aufl., Opladen.
- Norris, Pippa (1999), »Conclusions: The Growth of Critical Citizens and its Consequences«, in: Pippa Norris (Hg.), *Critical Citizens. Global Support for Democratic Government*, Oxford, S. 257–272.

- Olson, Mancur (1971), *The Logic of Collective Action. Public Goods and the Theory of Groups*. Cambridge, Mass./London.
- Oskarsson, Maria (2005), »Social Structure and Party Choice«, in: Jacques Thomassen (Hg.), *The European Voter. Comparative Studies of Modern Democracies*, Oxford, S. 84–105.
- Pacek, Alexander/Radcliff, Benjamin (1995), »Turnout and the Vote for Left-of-Centre Parties: A Cross-National Analysis«, *British Journal of Political Science*, Jg. 25, H. 1, S. 137–143.
- Pappi, Franz Urban/Herrmann, Michael (2010), »Überhangmandate ohne negatives Stimmengewicht: Machbarkeit, Wirkungen, Beurteilung«, in: *Zeitschrift für Parlamentswahlen*, Jg. 41, H.2, S. 260–278.
- Pappi, Franz Urban/Herzog, Alexander/Schmitt, Ralf (2006), »Koalitionssignale und die Kombination von Erst- und Zweitstimme bei den Bundestagswahlen 1953 bis 2005«, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 37, H. 3, S. 493–513.
- Pappi, Franz Urban/Shikano, Susumu (2001), »Personalisierung der Politik in Mehrparteiensystemen am Beispiel deutscher Bundestagswahlen seit 1980«, *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 42, H. 3, S. 355–387.
- Pappi, Franz Urban/Thurner, Paul W. (2002), »Electoral Behavior in a Two-Vote-System: Incentives for Ticket Splitting in German Bundestag Elections«, in: *European Journal of Political Research*, Jg. 41, H. 2, S. 207–232.
- Pedersen, Mogens N. (1983), »Changing Patterns of Electoral Volatility in European Party Systems, 1948–1977: Explorations in Explanation«, in: Hans Daalder/Peter Mair (Hg.), *Western European Party Systems*, London/Beverly Hills, S. 29–66.
- Poguntke, Thomas (1999), »Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland: Von Krise zu Krise?«, in: Thomas Ellwein/Everhard Holtmann (Hg.), *50 Jahre Bundesrepublik. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven*, PVS-Sonderheft 30, Opladen, S. 429–439.
- Poguntke, Thomas (2005), »A Presidentializing Party State? The Federal Republic of Germany«, in: Thomas Poguntke/Paul Webb (Hg.), *The Presidentialization of Politics*, Oxford, S. 63–87.
- Poguntke, Thomas (2010), »The German Party System after the 2009 Bundestag Elections: Back to the 1950s?«, *Paper presented at the Council for European Studies*, Montreal.
- Pontusson, Jonas/Rueda, David (2010), »The Politics of Inequality: Voter Mobilization and Left Parties in Advanced Industrial States«, *Comparative Political Studies*, Jg. 43, H. 6, 675–705.
- Powell, G. Bingham, Jr./Whitten, Guy D. (1993), »A Cross-National Analysis of Economic Voting: Taking Account of the Political Context«, *American Journal of Political Science*, Jg. 37, H. 2, S. 391–414.
- Probst, Lothar (2006), »Große Koalitionen als Sanierungsmodell? Erfahrungen aus Bremen«, *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 37, H. 3, S. 626–640.



- Radcliff, Benjamin (1994), »Turnout and the Democratic Vote«, *American Politics Quarterly*, Jg. 22, H. 3, S. 259–276.
- Radtke, Günter D. (1972), *Stimmhaltung bei politischen Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland*, Meisenheim am Glan.
- Rattinger, Hans (1986), »Collective and Individual Economic Judgments and Voting in West Germany«, *European Journal of Political Research*, Jg. 14, H. 4, S. 393–419.
- Rattinger, Hans (2007): »Wechselwähler 1990 bis 2002«, in: Hans Rattinger/Oscar W. Gabriel/Jürgen W. Falter (Hg.), *Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland*, Baden-Baden, S. 37–65.
- Rattinger, Hans/Maier, Jürgen (1998), »Der Einfluss der Wirtschaftslage auf die Wahlentscheidung bei den Bundestagswahlen 1994 und 1998«, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B. 52/1998, S. 45–54.
- Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Weßels, Bernhard (2011) (Hg.), *Zwischen Langeweile und Extremen: die Bundestagswahl 2009*, Baden-Baden.
- Rattinger, Hans/Schoen, Harald (2009), »Ein Schritt vorwärts und zwei zurück? Stabiles und wechselndes Wahlverhalten bei den Bundestagswahlen 1994 bis 2005«, in: Oscar W. Gabriel/Bernhard Weßels/Jürgen W. Falter (Hg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005*, Wiesbaden, S. 78–102.
- Roller, Edeltraud/Brettschneider, Frank/van Deth, Jan (2006), *Jugend und Politik: »Voll normal!«. Der Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendforschung*, Wiesbaden.
- Roßteutscher, Sigrid (2010), *Die religiöse Konfliktlinie zwischen Säkularisierung und Mobilisierung. Religion und CDU-Wahl 1998–2009*, unveröffentlichtes Manuskript.
- Roßteutscher, Sigrid/Scherer, Philipp (2011), »Ideologie und Werte«, in: Hans Rattinger/Sigrid Roßteutscher/Rüdiger Schmitt-Beck/Bernhard Weßels (Hg.), *Zwischen Langeweile und Extremen: die Bundestagswahl 2009*, Baden-Baden, S. 128–143.
- Roth, Dieter (1990), »Die Wahlen zur Volkskammer in der DDR. Versuch einer Erklärung«, *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 31, H. 3, S. 369–393.
- Roth, Dieter (1992), »Sinkende Wahlbeteiligung – eher Normalisierung als Krisensymptom«, in: Karl Starzacher/Konrad Schacht/Bernd Friedrich/Thomas Leif (Hg.), *Protestwähler und Wahlverweigerer: Krise der Demokratie?*, Köln, S. 58–68.
- Schäfer, Armin (2010), »Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa«, *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, Jg. 4, H. 1, S. 131–156.
- Schmidt, Manfred G. (1982), *Wohlfahrtsstaatliche Politik unter bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen: Ein internationaler Vergleich*, Frankfurt/M.
- Schmitt, Karl (1994), »Im Osten nichts Neues? Das Kernland der deutschen Arbeiterbewegung und die Zukunft der politischen Linken«, in: Wilhelm Bürklin/

- Dieter Roth (Hg.), *Das Superwahljahr. Deutschland vor unkalkulierbaren Regierungsmehrheiten?*, Köln, S. 185–218.
- Schmitt-Beck, Rüdiger (1993), »Denn sie wissen nicht, was sie tun... Zum Verständnis des Verfahrens der Bundestagswahl bei westdeutschen und ostdeutschen Wählern«, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 24, H. 3, S. 393–415.
- Schmitt-Beck, Rüdiger (1996), »Medien und Mehrheiten. Massenmedien als Informationsvermittler über die Wahlchancen der Parteien«, *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 27, H. 1, S. 127–144.
- Schmitt-Beck, Rüdiger/Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Wefels, Bernhard (2010), »Die deutsche Wahlforschung und die German Longitudinal Election Study (GLES)«, in: Frank Faulbaum/Christof Wolf (Hg.), *Gesellschaftliche Entwicklungen im Spiegel der empirischen Sozialforschung*, Wiesbaden, S. 141–172.
- Schneekloth, Ulrich (2002), »Demokratie, ja – Politik, nein? Einstellungen Jugendlicher zur Politik«, in: Klaus Hurrelmann/Mathias Albert (Hg.), *Infratest Sozialforschung: Jugend 2002. 14. Shell Jugendstudie*, Frankfurt, S. 91–138.
- Schöbel, Carolin (2002), »Politische Sozialisation: Ost-/Westdeutschland«, in: Martin Greiffenhagen/Sylvia Greiffenhagen (Hg.), *Handwörterbuch zur Politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden, S. 447–450.
- Schoen, Harald (1999), »Mehr oder weniger als fünf Prozent – ist das wirklich die Frage?«, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 51, H. 3, S. 565–582.
- Schoen, Harald (2002), »Wirkung von Wahlprognosen auf Wahlen«, in: Thomas Berg (Hg.), *Moderner Wahlkampf*, Opladen, S. 171–191.
- Schoen, Harald (2004), »Wechselwähler in den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland: Politisch versiert oder ignorant?«, *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 34, H. 1, S. 99–112.
- Schoen, Harald (2005), »Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung«, in: Jürgen W. Falter/Harald Schoen (Hg.), *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden, S. 135–185.
- Schoen, Harald/Falter, Jürgen W. (2001), »It's Time for a Change – Wechselwähler bei der Bundestagswahl 1998«, in: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hg.), *Wahlen und Wähler – Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1998*, Wiesbaden, S. 57–89.
- Schoen, Harald/Weins, Cornelia (2005), »Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wählerverhalten«, in: Jürgen W. Falter/Harald Schoen (Hg.), *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden, S. 187–242.
- Sears, David O./Chaffee, Steven H. (1979), »Uses and Effects of the 1976 Debates. An Overview of Empirical Studies«, in: Sidney Kraus (Hg.), *The Great Debates. Carter vs. Ford, 1976*, Bloomington, S. 223–261.
- Shikano, Susumu/Herrmann, Michael/Thurner, Paul W. (2009), »Strategic Voting under Proportional Representation: Threshold Insurance in German Elections«, *West European Politics*, Jg. 32, H. 3, S. 634–656.

- Shugart, Matthew Soberg/Wattenberg, Martin P. (2001), »Mixed-Member Electoral Systems: A Definition and Typology«, in: Matthew Soberg Shugart/Martin P. Wattenberg (Hg.), *Mixed-Member Electoral Systems. The Best of Both Worlds?*, Oxford, S. 9–24.
- Simon, Herbert A. (1954), »Bandwagon and Underdog Effects and the Possibility of Election Predictions«, *Public Opinion Quarterly*, Jg. 18, H. 3, S. 245–253.
- Smith, Eric R. A. N./Fox, Richard L. (2001), »The Electoral Fortunes of Women Candidates for Congress«, *Political Research Quarterly*, Jg. 54, H. 1, S. 205–21.
- Smith, Gordon (1993), »Dimensions of Change in the German Party System«, in: Stephen Padgett (Hg.), *Parties and Party Systems in the New Germany*, Aldershot u.a., S. 87–101.
- Steingart, Gabor (2009), *Die Machtfrage. Ansichten eines Nichtwählers*, München.
- Stöss, Richard (2002), »Parteienstaat oder Parteiendemokratie?«, in: Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hg.), *Parteiendemokratie in Deutschland*, 2. aktualisierte u. erweiterte Auflage, Wiesbaden, S. 11–35.
- Strohmeier, Gerd (2009), »Vergangene und zukünftige Reformen des deutschen Wahlsystems«, in: Gerd Strohmeier (Hg.), *Wahlsystemreform*, Baden-Baden, S. 11–41.
- Stüwe, Klaus (2008), »Der Bundesrat in Zeiten Großer Koalitionen«, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B. 16/2008, S. 24–31.
- Turner, Paul (1999), »Taktisch oder aufrichtig? Zur Untersuchung des Stimmensplittings bei Bundestagswahlen. Eine Replik auf Harald Schoens Beitrag in Heft 2/1998 der ZParl«, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 30, H.1, S. 163–166.
- Vökl, Kerstin (2009), *Reine Landtagswahlen oder regionale Bundestagswahlen? Eine Untersuchung des Abstimmungsverhaltens bei Landtagswahlen 1990–2006*, Baden-Baden.
- Weber, Max (1922), *Grundriß der Sozialökonomik, III. Abteilung: Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen.
- Wernicke, Immo H. (1976), *Die Bedingungen politischer Partizipation. eine international vergleichende Kontext- und Aggregatdatenanalyse für Großbritannien, Norwegen, Deutschland (BRD) und Frankreich*, Meisenheim am Glan.
- Weßels, Bernhard (2007), »Re-Mobilisierung, »Floating« oder Abwanderung? Wechselwähler 2002 und 2005 im Vergleich«, in: Frank Brettschneider/Oskar Niedermayer/Bernhard Weßels (Hg.), *Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse*, Wiesbaden, S. 395–417.
- Wildenmann, Rudolf (1989), *Volksparteien. Ratlose Riesen? Eine Studie unter Mitarbeit von Werner Kaltefleiter, Manfred Kuechler, Alf Mintzel, Karl-Heinz Naßmacher, Hans-Martin Pawlowski, Thomas Poguntke, Gordon Smith, Ulrich Widmaier*, Baden-Baden.
- Wiliamowitz-Moellendorf, Ulrich von (1993), »Der Wandel ideologischer Orientierungsmuster zwischen 1971 und 1991«, *ZA-Informationen*, H. 32, S. 42–71.
- Zelle, Carsten (1995), *Der Wechselwähler. Politische und soziale Erklärungsansätze des Wählerwandels in Deutschland und den USA*, Opladen.

# Verzeichnis der Medienquellen

- Ackeren, Margarete van/Beutler, Annette/Bartholomäus, Ulrike/Randenborgh, Karin van/Kistenfeger, Hartmut/Weber, Herbert/Moritz, Hans-Jürgen/Opitz, Olaf/Özgenc, Kayhan/Pörtner, Rainer/ Schwab, Fritz/Wendt, Alexander/Wilke, Olaf/Zütphen, Thomas van/Zistl, Sandra, »Was wir wählen«, in: Focus Magazin, 21.09.2009, [http://www.focus.de/politik/deutschland/report-was-wir-waehlen\\_aid\\_437242.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/report-was-wir-waehlen_aid_437242.html), Zugriff am 06.01.2011.
- Bargel, Tino, »Die Studenten brauchen keinen neuen Dutschke«, in: Süddeutsche Zeitung, 14.09.2009, recherchiert über Süddeutsche Zeitung Archiv, Zugriff am 06.01.2011.
- Bartsch, Matthias/Brandt, Andrea/Dahlkamp, Jürgen/Kaiser, Simone/Schmid, Barbara/Verbeet, Markus, »Volkspartei ohne Volk«, in: Der Spiegel, 28.09.2009, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-67073693.html>, Zugriff am 12.01.2011.
- »Bayerischer Minister sieht Wahlprognosen kritisch«, in: Associated Press, 01.09.2009, recherchiert über LexisNexis, Zugriff am 11.01.2011.
- Beller, Kai, »CDU öffnet rechte Flanke«, in: Financial Times Deutschland, 13.09.2010, <http://www.ftd.de/politik/deutschland/:richtungsstreit-cdu-oeffnet-rechte-flanke/50168761.html?mode=print>, Zugriff am 29.10.2010.
- Berg Stefan, »Düstere Prognose«, in: Der Spiegel, 09.11.2009, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-67682688.html>, Zugriff am 12.01.2011.
- Berg, Stefan/Cziesche, Dominik/Meyer, Cordula/Repke, Irina/Wassermann, Andreas/Winter, Steffen/Schimmöller, Heiner, »Ach, ihr lebt ja noch«, in: Der Spiegel, 15.04.2002, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-22078224.html>, Zugriff am 06.01.2011.
- Berg, Stefan/Hammerstein, Konstantin von/Hujer, Marc/Knaup, Horand/Latsch, Gunther/Pfister, René/Sontheimer, Michael, »Aufschrei Ost«, in: Der Spiegel, 22.08.2005, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41505946.html>, Zugriff am 06.01.2011.
- Billerbeck, Liane von, »Die Mitte ist weiblich?«, in: Die Zeit, 21.02.2002, [http://www.zeit.de/2002/09/Die\\_Mitte\\_ist\\_weiblich](http://www.zeit.de/2002/09/Die_Mitte_ist_weiblich), Zugriff am 06.01.2011.
- Brussig, Thomas, »Warum wählen? Nicht der Nichtwähler ist eine Gefahr für die Demokratie, sondern die Wahlkämpfe sind es«, in: Der Tagesspiegel, 24.08.2009, <http://www.tagesspiegel.de/kultur/warum-waehlen/1586744.html>, Zugriff am 06.01.2011.

- Casdorff, Stephan-Andreas, »Was ist der Wahlkampf?«, in: Tagesspiegel Online, 12.07.2009, <http://www.tagesspiegel.de/politik/was-ist-eigentlich-wahlkampf/1555810.html>, Zugriff am 11.11.2010.
- Casdorff, Stephan-Andreas, »Vor der nächsten Wahl. Wo fünf gerade richtig sind«, in: Der Tagesspiegel, 01.08.2009, <http://www.tagesspiegel.de/wo-fuenfe-gerade-richtig-sind/1834750.html>, Zugriff am 04.11.2010.
- Dahrendorf, Ralf, »Das Ende der Ideologie«, in: Die Zeit, 01.11.1963, Nr. 44, S. 9.
- Decker, Frank, »Das System will große Koalitionen«, in: Die Welt, 12.09.2005, [http://www.welt.de/print-welt/article164419/Das\\_System\\_will\\_grosse\\_Koalitionen.html](http://www.welt.de/print-welt/article164419/Das_System_will_grosse_Koalitionen.html), Zugriff am 04.11.2010.
- »Die Frage nach Personen«, in: Die Zeit, 24.10.1980, <http://www.zeit.de/1980/44/Die-Frage-nach-Personen>, Zugriff 11.11.2010.
- Fendel, Heike-Melba, »Was ist eine starke Frau?«, in: Der Tagesspiegel, 06.09.2009, <http://www.tagesspiegel.de/kultur/was-ist-eine-starke-frau/1595010.html>, Zugriff am 12.01.2011.
- Fetscher, Caroline, »Wer sind die Nichtwähler?«, in: Der Tagesspiegel, 20.09.2009, [http://www.tagesspiegel.de/zeitung/wer-sind-die-nichtwaehler/v\\_default,1602786.html](http://www.tagesspiegel.de/zeitung/wer-sind-die-nichtwaehler/v_default,1602786.html), Zugriff am 06.01.2011.
- Frisse, Juliane/Krupp, Kerstin, »Von A wie Abweichler bis Z wie Zweitstimme«, in: Berliner Zeitung, 26.09.2009, <https://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2009/0926/tagesthema/0006/index.html>, Zugriff am 21.12.2010.
- Gaschke, Susanne, »Weil sie eine Frau ist? – Contra«, in: Die Zeit, 25.08.05, [http://www.zeit.de/2005/35/Pro\\_Contra\\_Merkel](http://www.zeit.de/2005/35/Pro_Contra_Merkel), Zugriff am 06.01.2011.
- Gattmann, Florian/Veit, Medick, »Angriff der Power-Frauen«, in: Spiegel Online, 14.07.2010, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,706204,00.html>, Zugriff am 06.01.2011.
- Geißler, Heiner, »Nachruf auf die Linke, Oskar Lafontaine klaut bei der CDU, Erhard Eppler bei den Grünen. Und die SPD-Gewerkschafter sind die neuen Reaktionen unserer Zeit«, in: Wiener, 25.11.1988, Nr. 12, S. 40–42.
- Geyer, Steven, »Die wählerische Jugend«, in: Frankfurter Rundschau, 21.09.2009, <http://www.fr-online.de/politik/spezials/die-waehlerische-jugend/-/1472610/2799114/-/index.html>, Zugriff am 06.01.2011.
- Gösmann, Sven, »Diese Wahl sagt wenig – und viel«, in: Rheinische Post Düsseldorf, 07.06.2009, [http://www.rp-online.de/politik/ausland/Diese-Wahl-sagt-wenig-und-viel\\_aid\\_717415.html](http://www.rp-online.de/politik/ausland/Diese-Wahl-sagt-wenig-und-viel_aid_717415.html), Zugriff am 06.01.2011.
- »Große Koalition für immer und ewig?«, in: B.Z. Berlin, 24.09.2009, <http://www.bz-berlin.de/archiv/gro-szlig-e-koalition-fuer-immer-und-ewig-article592291.html>, Zugriff am 04.11.2010.
- Gruber, Peter, »US-Wahlkampf. Kerry laufen die Frauen davon«, in: Focus Online, 27.09.2004, [http://www.focus.de/politik/ausland/uswahl/us-wahlkampf\\_aid\\_86929.html](http://www.focus.de/politik/ausland/uswahl/us-wahlkampf_aid_86929.html), Zugriff am 30.06.2010.

- Gründinger, Wolfgang, »Die Politik ist jugendverdrossen«, in: Zeit Online, 25.09.2009, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2009-09/interview-gruendinger-generationen>, Zugriff am 14.12.2010.
- Grünenberg, Reginald, »Die deutsche Status-quo-Diktatur«, in: Welt Online, 19.09.2009, <http://www.welt.de/politik/bundestagswahl/article4565626/Diedeutsche-Status-quoDiktatur.html?print=true#reqdrucken>, Zugriff am 04.11.2010.
- Günzler, Alexander, »Die Bürger verteilen die Macht neu«, in: Stuttgarter Zeitung, 26.09.2009, recherchiert über LexisNexis, Zugriff am 17.12.2010.
- Habermas, Jürgen, »Amerika ist uns wiedergeschenkt worden«; Am Donnerstag wird der Philosoph Jürgen Habermas 80 Jahre alt – ein Gespräch über den Zustand der Demokratie«, in: Stuttgarter Nachrichten, 17.06.2009, recherchiert über Lexis Nexis, Zugriff am 11.01.2011.
- Hammerstein, Konstantin von/Malzahn, Claus Christian/Neumann, Conny, »Partei im Zwergenwahn«, in: Der Spiegel, 11.01.2010, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-68621887.html>, Zugriff am 11.01.2011.
- Hanselle, Ralf, »Das Wunderland. Der Westdeutsche Traum von Gerechtigkeit: Die nivellierte Mittelstandsgesellschaft wurde nie Realität«, in: Das Parlament, 14.09.2009, <http://www.bundestag.de/dasparlament/2009/38/Themenausgabe/27026691.html>, Zugriff am 16.11.2010.
- Hefty, Georg Paul, »Schwächer als 1949. Sind die deutschen Volksparteien ein Opfer stabiler Verhältnisse?«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.12.2009, recherchiert über Frankfurter Allgemeine Archiv, Zugriff am 12.01.2011.
- Huber, Joseph, »Abschied vom Parteienstaat«, in: Die Zeit, 11.11.1988, <http://www.zeit.de/1988/46/abschied-vom-parteienstaat>, Zugriff am 12.01.2011.
- Hulverscheidt, Claus, »So wird am Sonntag der Deutsche Bundestag gewählt«, in: Financial Times Deutschland, 20.09.2002, recherchiert über LexisNexis, Zugriff am 17.12.2010.
- »Im TV profilierten sich vor allem die Moderatoren«, in: B.Z. Berlin, 27.09.2009, <http://www.bz-berlin.de/archiv/im-tv-profilerten-sich-vor-allem-die-moderatoren-article595316.html>, Zugriff am 06.01.2011.
- Jörges, Hans-Ulrich, »Raus aus der Patt-Republik! Hessen zeigt: Die Deutschen müssen mit fünf Parteien leben. Wer das Land regieren will, muss über die Lager hinweg neue Koalitionen wagen – auch mit der Linken. Sonst hilft nur die Einführung des Mehrheitswahlrecht«, in: Stern, 14.02.2008, <http://www.stern.de/politik/deutschland/neue-koalitionen-raus-aus-der-patt-republik-611151-print.html>, Zugriff am 04.11.2010.
- Jörges, Hans-Ulrich, »Die Dekadenz einer Partei«, in: Stern, 04.03.2010, recherchiert über Lexisnexis, Zugriff am 12.01.2011.
- »Jugendliche fühlen sich von der Politik verlassen«, in: Spiegel Online, 04.09.2009, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,646922,00.html>, Zugriff am 14.12.2010.
- Jüngeremann, Ralf, »Der Nichtwähler fährt Mercedes«, in: Rheinische Post, 01.09.2009, <http://www.rp-online.de/niederrheinsued/moenschengladbach/nachricht>

- en/moenchengladbach/Der-Nichtwaehler-faehrt-Mercedes\_aid\_752089.html, Zugriff am 06.01.2011.
- Kaiser, Stefan, »Das war groß«, in: Financial Times Deutschland, 24.07.2009, recherchiert über LexisNexis, Zugriff am 04.11.2010.
- Kaltefleiter, Werner, »Das Feindbild hat sich gewandelt. Werner Kaltefleiter über den Bundestagswähler 1976 (II)«, in: Der Spiegel, 15.03.1976, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41251775.html>, Zugriff am 16.09.2010.
- Kissler, Alexander, »Berliner Erklärung: Mundschenk Merkel und die Wechselwähler«, in: eigentümlich frei, 16.01.2010, <http://ef-magazin.de/2010/01/16/1796-berliner-erklaerung-mundschenk-merkel-und-die-wechselwaehler>, Zugriff am 01.10.2010.
- Kowitz, Dorit, »Was interessiert die Jugend?«, in: Stern, 27.08.2009, recherchiert über LexisNexis, Zugriff am 12.01.2011.
- Krupa, Matthias, »Aus Spiel wird Ernst; Dank Schwarz-Gelb wird Schwarz-Grün immer attraktiver. Nordrhein-Westfalen könnte zum Test werden – auch für Berlin«, in: Die Zeit, 11.03.2010, <http://www.zeit.de/2010/11/01-NRW-Wahl>, Zugriff am 06.01.2011.
- Kurbjuweit, Dirk, »Wider das Kartell der Volksparteien«, in: Der Spiegel, 21.09.2009, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-66970429.html>, Zugriff am 10.09.2010.
- Lau, Jörg, »Und plötzlich wählst du CDU«, in: Die Zeit, 30.06.2005, [http://www.zeit.de/2005/27/Titel\\_2fWechselw\\_8ahler\\_27](http://www.zeit.de/2005/27/Titel_2fWechselw_8ahler_27), Zugriff am 01.09.2010.
- Lau, Jörg, »Nun erst recht SPD? Sechs Wochen bis zur Wahl – was tun? Sorgen eines Wechselwählers (1)«, in: Die Zeit, 20.08.2009, <http://www.zeit.de/2009/35/Wechselwaehler-Kolumne>, Zugriff am 25.11.2010.
- Lau, Jörg, »Kein Kreuz, nirgends?«, in: Die Zeit, 10.9.2009, <http://www.zeit.de/2009/38/Wechselwaehler-Kolumne>, Zugriff am 25.11.2010.
- Lee, Felix, »Twitter plagt Bundeswahlleiter«, in: die tageszeitung, 01.09.2009, <http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/twitter-plagt-bundeswahlleiter/>, Zugriff am 23.12.2010.
- Lilienthal, Jonas, »Krise? Ich merk nichts!«, in: Welt Online, 16.09.2009, <http://www.welt.de/politik/bundestagswahl/wahlreporter/Jonas-Lilienthal/article4551065/Krise-Ich-merk-nichts.html>, Zugriff am 11.01.2011.
- Malzahn, Claus Christian, »Der CSU-Generalsekretär und die Einwanderungspolitik. Was erlauben Schavan?«, in: Die Welt, 28.07.2010, <http://www.welt.de/die-welt/debatte/article8683576/Was-erlauben-Schavan.html>, Zugriff am 10.01.2011.
- Mayer, Susanne, »Weil sie eine Frau ist? – Pro«, in: Die Zeit, 25.08.2005, [http://www.zeit.de/2005/35/Pro\\_Contra\\_Merkel](http://www.zeit.de/2005/35/Pro_Contra_Merkel), Zugriff am 06.01.2011.
- Meckel, Miriam, »Die verspätete Frau. Einmal weinen reicht nicht: Hillary Clinton muss sich ändern, wenn sie Vorbild für Politikerinnen sein will«, in: Die Zeit, 31.01.2008, <http://www.zeit.de/2008/06/Faktor-Frau>, Zugriff am 06.01.2011.
- »Merkel setzt auf ein Bündnis mit der FDP«, in: Berliner Morgenpost, 28.08.2009, recherchiert über LexisNexis, Zugriff am 11.01.2011.

- Munimus, Bettina, »Der harte Weg zur Ministerpräsidentin«, in: Zeit Online, 14.07.2010, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-07/frauen-politik-hannelore-kraft>, Zugriff am 06.01.2011.
- Neitzsch, Peter, »Die Bundestagswahl wird viel stärker mobilisieren«, in: Berliner Zeitung, 08.06.2009, <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2009/0608/europawahl2009/0055/index.html>, Zugriff am 04.11.2010.
- Niemann, Norbert, »Diesseits von rechts und links«, in: die tageszeitung, 16.01.2006, <http://www.taz.de/1/archiv/archiv?dig=2006/01/16/a0184>, Zugriff am 04.11.2010.
- Nießler, Egbert, »Fernseh-Duell. Das Ende aller Illusionen«, in: Hamburger Abendblatt, 15.09.2009, <http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article1184009/Das-Ende-aller-Illusionen.html>, Zugriff am 06.01.2011.
- Noelle-Neumann, Elisabeth, »Umfragen: Noch ist nichts entschieden«, in: Die Zeit, 24.09.1976, <http://www.zeit.de/1976/40/Noch-ist-nichts-entschieden>, Zugriff am 26.08.2010.
- Oehmke, Philipp/Rohr, Mathieu von/Schulz, Sandra, »Die Krisenprofis«, in: Der Spiegel, 15.06.2009, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-65717404.html>, Zugriff am 14.12.2010.
- »Oettinger befürchtet Einnahmeausfälle der Länder und Kommunen«, in: ddp Nachrichtenagentur, 12.07.2009, recherchiert über LexisNexis, Zugriff am 10.01.2011.
- Onkelbach, Heinz, »Wer wo zur Wahl ging – und wer warum nicht«, in: Rheinische Post, 1.9.2009, [http://www.rp-online.de/duesseldorf/duesseldorf-stadt/kommunalwahl/Wer-wo-zur-Wahl-ging-und-wer-warum-nicht\\_aid\\_752212.html](http://www.rp-online.de/duesseldorf/duesseldorf-stadt/kommunalwahl/Wer-wo-zur-Wahl-ging-und-wer-warum-nicht_aid_752212.html), Zugriff am 06.01.2011.
- Pelinka, Anton, »Kanzler über alles«, in: Die Zeit, 01.06.2006, [http://www.zeit.de/2006/23/513\\_auf\\_txt](http://www.zeit.de/2006/23/513_auf_txt), Zugriff am 06.01.2011.
- »Politiker fürchten Twitter-Manipulationen bei Bundestagswahl«, in: Spiegel Online, 27.06.2009, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,632942,00.html>, Zugriff am 03.01.2011.
- Prantl, Heribert, »Die neuen Volksparteien«, in: Süddeutsche Zeitung, 29.09.2009, <http://www.sueddeutsche.de/politik/fuer-fast-jeden-etwas-die-neuen-volksparteien-1.38644>, Zugriff am 11.01.2011.
- Precht, Richard David, »Die entfremdete Republik«, in: Der Spiegel, 28.06.2010, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-71123453.html>, Zugriff am 11.01.2011.
- Prochaska, Wolfgang, »Die Parteien haben Angst vor dem Wähler! SZ-Gespräch mit Professor Heinrich Oberreuter«, in: Süddeutsche Zeitung, 26.09.2009, recherchiert über Süddeutsche Zeitung Archiv, Zugriff am 06.01.2011.
- Prüfer, Tilmann, »Vorsicht, Opposition! Internetrebelln, Nichtwähler, junge Aktivistinnen – sie sind für die Politik zu gewinnen, aber nicht für die Parteien. Zu Besuch bei den Vorkämpfern eines neuen politischen Bewusstseins«, in: Die Zeit, 27.08.2009, <http://www.zeit.de/2009/36/DOS-Die-Apolitischen>, Zugriff am 06.01.2011.



- Puschner, Marco, Krise dominierte Wahlentscheidung, in: Nürnberger Zeitung, 05.10.2009, recherchiert über wiso, Zugriff am 12.01.2011.
- Roll, Evelyn, »Disharmonie bestimmt die Damenwahl«, in: Süddeutsche Zeitung, 10.09.2005, <http://www.sueddeutsche.de/politik/wie-wirkt-der-merkel-faktor-bei-den-frauen-disharmonie-bestimmt-die-damenwahl-1.892005>, Zugriff am 06.01.2011.
- Roll, Evelyn, »Trotz im Dunkeln«, in: Süddeutsche Zeitung, 21.09.2009, recherchiert über Süddeutsche Zeitung Archiv, Zugriff am 06.01.2011.
- Sakareli, Andriana, »Wie im Kreis gewählt wird«, in: Rheinische Post, 23.09.2009, [http://www.rp-online.de/niederrheinsued/erkelenz/nachrichten/erkelenz/Wie-im-Kreis-gewaehlt-wird\\_aid\\_761159.html](http://www.rp-online.de/niederrheinsued/erkelenz/nachrichten/erkelenz/Wie-im-Kreis-gewaehlt-wird_aid_761159.html), Zugriff am 17.12.2010.
- Schäuble, Juliane, »Die Konflikte kommen noch«, in: Der Tagesspiegel, 25.09.2005, <http://www.tagesspiegel.de/politik/die-konflikte-kommen-noch/1605262.html>, Zugriff am 12.01.2011.
- Schlieben, Michael, »Der Wähler, eine aussterbende Spezies; Wen wählen die Erstwähler? Wählen sie überhaupt noch? Was sind zeitgenössische Alternativen? Rechtsextreme? Piraten? Antworten von Michael Schlieben«, in: Zeit Online, 18.09.2009, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2009-09/jungwaehler-analyse-2>, Zugriff am 06.01.2011.
- Schlüter, Christian, »Alles Lüge«, in: Frankfurter Rundschau, 25.09.2009, <http://www.fr-online.de/kultur/spezials/times-mager/alles-luege/-/1838190/2846162/-/index.html>, Zugriff am 06.01.2011.
- Schmale, Holger/Mielke, Ralf, »Frühe Vögel. Auf Twitter wurden geheime Prognosen vor dem Ende der Wahlen verbreitet. Die Politik ist alarmiert«, in: Berliner Zeitung, 01.09.2009, <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2009/0901/media/0020/index.html>, Zugriff am 03.01.2011.
- Schneefuß, Elke, »Die Parteien suchen ihre Nachwuchspolitiker«, in: Hamburger Abendblatt, 23.10.2009, recherchiert über LexisNexis, Zugriff am 12.11.2011.
- Schneider, Susanne, »Was Frauen wirklich wählen«, SZ Magazin, 18.01.2008, recherchiert über Süddeutsche Zeitung Archiv, Zugriff am 06.01.2011.
- Schwennicke, Christoph, »Das Ende des Alleiners«, in: Der Spiegel, 09.11.2009, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-67682691.html>, Zugriff am 11.01.2011.
- »Sorge vor Wahlbeeinflussung durch Twitter«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.08.2009, <http://www.faz.net/s/Rub2F3F4B59BC1F4E6F8AD8A246962CEBCD/Doc-EE9F988E6E4884DBDA7F1A5B08CEDB466-ATpl-Ecommon-Content.html>, Zugriff am 23.12.2010.
- Spörl, Gerhard, »Der Rechthaber«, in: Der Spiegel, 01.02.2010, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-68885069.html>, Zugriff 11.01.2011.
- Thiel, Thomas, »Die machen doch sowieso nix für uns. Hat die Kommunalpolitik ein Nachwuchsproblem? Mit ihren Themen erreicht sie offenbar viele Erstwähler nicht«, in: General-Anzeiger Bonn, 26.08.2009, recherchiert über LexisNexis, Zugriff am 06.01.2011.

- Trauthig, Michael, »Verschärft sich die Krise gewinnt die Linke«, in: Stuttgarter Zeitung, 22.06.2009, recherchiert über LexisNexis, Zugriff am 06.01.2011.
- »Twitternutzerzahlen in Deutschland, Österreich und der Schweiz (August 2010)«, in: Webevangelisten, 31.08.2010, <http://webevangelisten.de/twitternutzerzahlen-deutschland-oesterreich-schweiz/>, Zugriff am 23.12.2010.
- Ulrich, Bernd, »Jetzt wird es bunt!«, in: Die Zeit, 08.09.2009, <http://www.zeit.de/2009/03/Superwahljahr>, Zugriff am 04.11.2010.
- »Unterscheidung fiel schwer«, in: Rheinische Post Online, 31.08.2009, <http://nachrichten.rp-online.de/politik/unterscheidung-fiel-schwer-1.48967>, Zugriff am 12.01.2011.
- Walter, Franz, »Wenn Volksparteien zur Allerweltpartei werden«, in: Spiegel Online, 04.10.2008, <http://www.spiegel.de/politik/debatte/0,1518,druck582090,00.html>, Zugriff am 27.10.2010.
- »Westerwelle will nicht mit der SPD reden, FDP legt sich auf Union fest«, in: Rheinische Post Online, 20.09.2009, [www.rp-online.de/politik/deutschland/bundestagswahl/Westerwelle-will-nicht-mit-der-SPD-reden\\_aid\\_760287.html](http://www.rp-online.de/politik/deutschland/bundestagswahl/Westerwelle-will-nicht-mit-der-SPD-reden_aid_760287.html), Zugriff am 03.11.2010.
- Weithofer, Winfried, »Der Siegeszug des Wechselwählers. Gebildet, mündig, in der Mitte: Immer weniger Menschen wollen sich von vornherein auf eine Partei festlegen«, in: Stuttgarter Nachrichten, 23.9.2009, recherchiert über LexisNexis, zugriff am 06.01.2011.
- Wittke, Thomas, »Der Stichel-Wahlkampf«, in: General-Anzeiger Bonn, 26.09.2009, <https://www.general-anzeiger-bonn.de/index.php?k=news&itemid=10027&detailid=644071>, Zugriff am 06.01.2011.
- Wittrock, Philipp, »Union feiert die Merkel-Show«, in: Spiegel Online, 06.09.2009, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,647292,00.html>, Zugriff am 05.12.2010.
- »Yes, we gähn«. Presseschau zum Fernsehduell«, in: Spiegel Online, 14.09.2009, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,648742,00.html>, Zugriff am 11.01.2011.



# Hinweise zu den genutzten Daten

Eine empirische Überprüfung von Mythen ist darauf angewiesen, dass auch geeignete Daten zur Verfügung stehen, die eine solche Konfrontation des Mythos mit tatsächlichen Befunden erlauben – und idealerweise auch ermöglichen, die empirische Überprüfung selbst zu überprüfen. Alle Beiträge dieses Buches verwenden daher Datenmaterial, das öffentlich zugänglich ist und ohne Gebühr von unterschiedlichen Webseiten heruntergeladen werden kann. Untersuchungen zur Bundestagswahl 2009 nutzen in der Regel einen der Datensätze, die im Rahmen der *German Longitudinal Election Study* (GLES), einem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanzierten Langfristprojektes zur Stabilität und Dynamik des Wahlverhaltens in Deutschland, erhoben wurden. Die Daten sind auf dem Wahlportal der GESIS (Leibniz Gesellschaft für Infrastruktur in den Sozialwissenschaften e.V.) unter folgender Adresse erhältlich: <http://www.gesis.org/wahlportal/downloads/>. Nähere Informationen zu diesen Daten können interessierte Leser auch auf der Homepage der Deutschen Gesellschaft für Wahlforschung e.V. erhalten (<http://www.dgfw.eu/gles.php?show=desc&lang=de>) bzw. bei Schmitt-Beck et al. (2010) nachlesen. Zur Untersuchung vorangegangener Bundestagswahlen werden ebenfalls häufig politikwissenschaftliche Wahlstudien genutzt, die über die GESIS bezogen werden können (<http://zacad.gesis.org/webview/index.jsp>).

Da gerade die Schwund- oder Niedergangsmysen die Betrachtung eines längeren Zeithorizontes verlangen, finden häufig auch Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS), die seit 1980 in einem Zweijahresrhythmus zentrale soziale und politische Einstellungen der deutschen Bevölkerung misst, Anwendung. Auch diese Daten sind über die GESIS kostenfrei erhältlich. Die Adresse lautet: <http://www.gesis.org/dienstleistungen/daten/umfragedaten/allbus/studienprofile/kumulativon-1980-2008/>. Häufiger Verwendung finden auch offizielle Statistiken zu Stimmenverteilung oder Wahlbeteiligung wie sie vom Bundeswahlleiter zur

Verfügung gestellt werden. Diese Daten sind ebenfalls im Internet abrufbar: [http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW\\_BUND\\_09/veroeffentlichungen](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_09/veroeffentlichungen). In wenigen Fällen wird auf das reichhaltige Datenmaterial der Forschungsgruppe Wahlen e.V. (FGW) zurückgegriffen, die ihre Daten ebenfalls über GESIS unentgeltlich zur Verfügung stellen (<http://zcat.gesis.org/webview/index.jsp>).

# Autorinnen und Autoren

*Simone Abend Schön* ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Gesellschafts- und Politikanalyse im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Sie studierte Politikwissenschaften, Anglistik, Soziologie und Geschichte an den Universitäten Freiburg und Mannheim. Nach dem Studium arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt »Demokratie Leben Lernen« am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES), das politische Sozialisationsprozesse von Kindern untersuchte. Im Rahmen dieses Projekts entstand auch ihre Dissertation über die Sozialisation demokratischer Werte und Normen im Kindesalter. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der politischen Kulturforschung, insbesondere auf Fragen politischer Sozialisation und politischer Bildung sowie politischer Partizipation und politischer Öffentlichkeit.

*Ruth Beckmann* ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin in der Forschungsgruppe für Internationale und Vergleichende Politische Ökonomie bei Prof. Stefanie Walter am Institut für Politische Wissenschaft an der Universität Heidelberg. Sie studierte in Potsdam, Freiburg und Warschau Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Wirtschaftspolitik. Zusätzlich zu ihrem Diplom erwarb sie 2007 an der London School of Economics einen Master in European Political Economy. In ihrem Dissertationsprojekt untersucht sie Unterschiede in der Rohstoffpolitik von Nationalstaaten. Ein weiterer Forschungsschwerpunkt liegt auf der Analyse der Auswirkungen wirtschaftlicher Faktoren auf das Wahlverhalten in Deutschland.

*Ina E. Bieber* ist Projektmitarbeiterin der German Longitudinal Election Study (GLES) am Institut für Gesellschafts- und Politikanalyse im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Im Rahmen der GLES ist sie für eine langfristig angelegte vierteljährliche Onlineumfrage unter spezieller Berücksichtigung der Landtagswahlen zuständig. Sie studierte Politikwissenschaften, Soziologie und Psychologie an den Universitäten Passau und Heidelberg. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Wahl-, Gender- und Onlineforschung.

*Evelyn Bytzek* ist Mitarbeiterin an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, wo sie für das Projektmanagement des von der DFG geförderten Langfristprojekts »German Longitudinal Election Study« (GLES) verantwortlich ist. 2007 promovierte sie an der Universität Mannheim über die Wirkung von Ereignissen auf die Popularität deutscher Regierungen. Von 2005 bis 2007 war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Politikwissenschaft an der Universität Mannheim tätig. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Wahl- und Einstellungsforschung, insbesondere auf dem Einfluss von Kontextfaktoren auf das Wahlverhalten.

*Thorsten Faas* ist Juniorprofessur für Politikwissenschaft, insbesondere Wählerverhalten, an der Universität Mannheim. Er hat Politikwissenschaft an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg und der London School of Economics and Political Science (LSE) studiert. 2008 hat er an der Universität Duisburg-Essen mit einer Arbeit zum Thema »Arbeitslosigkeit und Wählerverhalten. Direkte und indirekte Wirkungen auf Wahlbeteiligung und Parteipräferenzen in Ost- und Westdeutschland« promoviert. Er ist Mitglied des Präsidiums der Deutschen Gesellschaft für Wahlforschung e.V., Co-Sprecher des DVPW-Arbeitskreises »Wahlen und politische Einstellungen« und Fellow der British Election Study. Außerdem ist er Projektleiter der »Wahlstudie Baden-Württemberg 2011«. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit Wahlen, Wahlkämpfen und Wahlstudien, analog wie digital, online wie offline.

*Oscar W. Gabriel* ist seit 1992 Professor für Politikwissenschaft am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart und lehrte zuvor an den Universitäten Mainz und Bamberg sowie als Gastprofessor an der Universität Wien und am IEP de Bordeaux, dem er als Forscher assoziiert ist. Er studierte Politikwissenschaft, Soziologie, Volkswirtschaftslehre und Geschichte an den Universitäten Mainz und Hamburg, promovierte an der Universität Hamburg und habilitierte sich an der Universität Mainz. Er ist Ko-Direktor des Laboratoire Européen Associé »Comparing Democracies in Europe« Stuttgart-Bordeaux. In seiner wissenschaftlichen Arbeit beschäftigt er sich mit der vergleichenden Analyse politischer Einstellungen und Verhaltensweisen in Europa.

*Sascha Huber* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft I der Universität Mannheim. Er studierte Politikwissenschaft, Soziologie, Sozialpsychologie und Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim und an der Johns Hopkins University in Baltimore, USA. Seine Forschungsschwerpunkte sind die politische Urteilsbildung, Wahlforschung und experimentelle Methoden der Politikwissenschaft.

*Jürgen Maier* ist Professor für Politische Kommunikation am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Koblenz-Landau (Campus Landau). Er studierte Politikwissenschaft an der Universität Bamberg und promovierte dort über Politikverdrossenheit in Deutschland. Er ist Gründungsmitglied und Vorstandsmitglied der

Deutschen Gesellschaft für Wahlforschung e.V. (DGfW). Im Rahmen des von der DFG finanzierten Langfristprojekts »German Longitudinal Election Study« (GLES) wurde u.a. er von der DGfW damit beauftragt, das TV-Duell 2009 zu untersuchen. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Medienwirkungsforschung (insbesondere der Wirkung von Fernsehdebatten und politischen Skandalen), der Wahl- und Einstellungsforschung sowie der quantitativen sozialwissenschaftlichen Methoden (insbesondere Experimenten und der Echtzeitmessung von Reaktionen auf Medieninhalte).

*Franz Urban Pappi*, Dr. Dr. h.c., ist 2007 als Emeritus Projektleiter am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung. Von 1990 bis 2007 war er Professor für Politikwissenschaft an der Universität Mannheim. Seine Interessengebiete umfassen Theorien des Wählerverhaltens und Koalitionstheorien, angewandt auf die Bundesrepublik Deutschland. Neuere Monographien sind: *Wahl- und Wählerforschung*, Baden-Baden 2007 (mit Susumu Shikano), *European Union Intergovernmental Conferences. Domestic Preference Formation, Transgovernmental Networks and the Dynamics of Compromise*, London/New York 2009 (mit Paul W. Thurner). Neuere Aufsätze befassen sich mit Überhangmandaten (mit Michael Herrmann in Zeitschrift für Parlamentsfragen 2010, Heft 2) und sozialstrukturellen Interessenlagen und Parteipräferenz in Deutschland (mit Jens Brandenburg in Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 2010, Heft 3).

*Thomas Poguntke* ist Professor für Vergleichende Politikwissenschaft und Vize-Direktor des Düsseldorfer Parteienforschungsinstituts PRuF. Er war zuvor Professor an den Universitäten Keele, Birmingham und Bochum, ist Mitherausgeber von »German Politics« und war bis 2009 Herausgeber der Routledge/ECPR Studies in European Political Science. Zu seinen Publikationen zählen *Parteiorganisation im Wandel. Gesellschaftliche Verankerung und organisatorische Anpassung im Europäischen Vergleich*, Westdeutscher Verlag 2000, und *The Presidentialization of Politics. A Comparative Study of Modern Democracies*, Oxford 2005 (herausgegeben mit Paul Webb).

*Sigrid Roßteutscher* ist Professorin am Institut für Gesellschafts- und Politikanalyse im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Sie studierte Politikwissenschaft und Geschichte an der Universität Mannheim und promovierte mit einer Arbeit zu Wertkonsens und -konflikt im vereinigten Deutschland am European University Institute (EUI) in Florenz. Ihre Habilitation erfolgte an der Universität Mannheim mit einer international vergleichenden Untersuchung zu »Religion – Zivilgesellschaft – Demokratie«. Sie ist Gründungsmitglied und Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Wahlforschung e.V. sowie Projektleiterin des DFG finanzierten Langfristprojekts »German Longitudinal Election Study« (GLES). Ihre Forschungsschwerpunkte liegen neben der Wahlforschung in der Sozialkapital- und Zivilgesellschaftsforschung, im Kontext



von Politik und Religion sowie in der vergleichenden politischen Einstellungs- und Werteforschung.

*Philipp Scherer* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Gesellschafts- und Politikanalyse im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Im Rahmen des DFG finanzierten Langfristprojektes »German Longitudinal Election Study« (GLES) ist er für die Betreuung des Vorwahlquerschnitts zuständig. Er studierte Sozialwissenschaften mit den Schwerpunkten Politik- und Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten in Landau und Prag. In seiner Diplomarbeit beschäftigte er sich mit Aspekten der politischen Deutungskultur im wiedervereinigten Deutschland. Neben seiner Projektarbeit promoviert er zur Frage der Bedeutung und Funktion der Links-Rechts-Unterscheidung in modernen Gesellschaften. Seine Forschungsschwerpunkte liegen neben der Wahl- in der Politischen Kulturforschung.

*Armin Schäfer* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln. Er studierte Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre an der Philipps-Universität Marburg und an der University of Kent at Canterbury. 2004 wurde er an der Universität Bremen mit einer Arbeit zur wirtschafts- und sozialpolitischen Koordinierung in der EU promoviert. Seine aktuellen Forschungsinteressen betreffen die Qualität von Demokratie, die politische Ökonomie der europäischen Integration sowie Fragen der normativen Theorie.

*Philipp Trein* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Institut d'Études Politiques et internationales an der Université de Lausanne. Er studierte Politische Wissenschaft und Geschichte an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und arbeitete dort im Institut für Politische Wissenschaft an dem Forschungsprojekt »Electoral Consequences of the Financial Crisis for the German Federal Elections 2009« bei Prof. Stefanie Walter. Derzeit promoviert er in Lausanne im Rahmen des Forschungsprojektes »Multi-Level Governance and Political Coordination Capability in Health Policy,« welches vom Schweizer Nationalfonds (SNF) finanziert wird.

*Aiko Wagner* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Er studierte Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin und promoviert zum Einfluss von Wahlsystemen auf die Wahlentscheidungskalküle im internationalen Vergleich. Er ist Mitarbeiter im von der DFG finanzierten Langfristprojekt »German Longitudinal Election Study« (GLES). Seine Forschungsinteressen bewegen sich im Bereich der Wahlforschung und der vergleichenden Politikwissenschaft.

*Stefanie Walter* ist Juniorprofessorin für Internationale und Vergleichende Politische Ökonomie am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg. Nach dem Studium der Verwaltungswissenschaft und Volkswirtschaftslehre in Konstanz,

Montréal und Barcelona promovierte sie an der ETH Zürich über die politische Ökonomie von Währungskrisen. Danach arbeitete sie als Oberassistentin am Lehrstuhl für Methoden der Politikwissenschaft der Universität Zürich und als Fritz-Thyssen-Fellow am Weatherhead Center for International Affairs der Harvard University. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt im Bereich der Politischen Ökonomie, insbesondere der Frage wie Verteilungskonflikte, Politikpräferenzen und Institutionen wirtschaftspolitische Entscheidungen beeinflussen. Ihre Arbeiten sind unter anderem im *European Journal of Political Research*, *International Organization* und *International Studies Quarterly* erschienen.

*Bernhard Weßels* ist Senior Researcher und stellvertretender Direktor der Abteilung »Demokratie« am Wissenschaftszentrum Berlin. Er lehrt Politikwissenschaft an der Humboldt Universität sowie an der Berlin Graduate School of the Social Sciences (BGSS). Er studierte Soziologie, Volkswirtschaftslehre, Statistik und Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin, wo er über neue Konfliktstrukturen in Deutschland promovierte und über politische Repräsentation in vergleichender Perspektive im Fach Politikwissenschaft habilitierte. Er ist seit 1998 Mitglied des Planning Committee der Comparative Study of Electoral Systems, Gründungs- und Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Wahlforschung und Projektleiter des DFG-finanzierten Langfristprojekts »German Longitudinal Election Study« (GLES) und Co-Principle Investigator der European Election Study 2009, die im 7. Rahmenprogramm der EU gefördert wird. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der vergleichenden Einstellungs- und Verhaltensforschung, Interessenvermittlung und Repräsentation.

*Ansgar Wolsing*, M.A., ist Research Manager Analytics & Operations bei der nurago GmbH. Zuvor arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der »German Longitudinal Election Study« (GLES) am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES). Er studierte Angewandte Kommunikations- und Medienwissenschaft sowie Politikmanagement, Public Policy und öffentliche Verwaltung an der Universität Duisburg-Essen.